



Die **rechte** Antwort

Den populistischen Extremismus in Europa verstehen und dagegen angehen

Ein Chatham House Report

Matthew Goodwin



CHATHAM HOUSE

www.chathamhouse.org

Die rechte Antwort

Den populistischen
Extremismus in Europa
verstehen und dagegen angehen

Matthew Goodwin

Ein Chatham House Report

September 2011



CHATHAM HOUSE

www.chathamhouse.org

Chatham House ist seit neunzig Jahren Sitz des Royal Institute of International Affairs. Unser Auftrag besteht darin, eine weltweit führende Quelle für unabhängige Analyse, sachkundige Diskussion und einflussreiche Konzepte im Hinblick darauf zu sein, wie man eine prosperierende und sichere Welt für alle schaffen kann.

© The Royal Institute of International Affairs, 2011

Chatham House (The Royal Institute of International Affairs) in London fördert die gründliche Untersuchung von international relevanten Fragestellungen und ist von Regierungs- und anderen Partikularinteressen unabhängig. Seine Satzung schließt eine institutionsgebundene Sichtweise aus. Für die in dieser Publikation vertretenen Auffassungen ist der Autor verantwortlich.

Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation darf weder ganz noch teilweise ohne die vorherige schriftliche Genehmigung des Rechteinhabers reproduziert oder in irgendeiner Form oder Weise, sei es elektronisch oder mechanisch durch Fotokopieren, Aufzeichnen oder Speichern oder Abrufen in Datenspeicherungsanlagen übertragen werden. Bitte richten Sie alle Anfragen an die Herausgeber.

The Royal Institute of International Affairs
Chatham House
10 St James's Square
London SW1Y 4LE
T: +44 (0) 20 7957 5700
F: + 44 (0) 20 7957 5710
www.chathamhouse.org

Charity Registration No. 208223

ISBN 978-1-86203-274-3

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der British Library erhältlich.

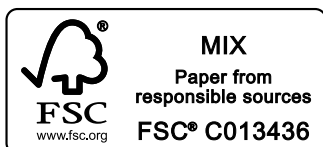
Gestaltet und gesetzt von Soapbox, www.soapbox.co.uk

Original gedruckt und gebunden in Großbritannien von Latimer Trend and Co Ltd

Das für den Druck des Originals ausgewählte Papier ist elementar-chlorfrei gebleicht und stammt aus nachhaltiger Forstwirtschaft. Es wurde in einer nach den Umweltmanagementrichtlinien der ISO 14001 und nach EMAS zertifizierten Papiermühle hergestellt.

Übersetzung gedruckt und gebunden in Deutschland von gilbert & gilbert GmbH.

Übersetzung ins Deutsche von Anja Breloh, Berlin.



Inhalt

Grußwort	v
Vorwort	vi
Über den Autor	viii
Dank	ix
Verzeichnis der populistischen extremistischen Parteien in Europa	x
Zusammenfassung	xi
1 Einleitung: Die Herausforderung	1
Überblick über den report	4
2 Wer unterstützt populistische extremistische Parteien und warum?	6
Das soziale profil ihrer anhänger	6
Die einstellungen ihrer anhänger	8
Fazit	11
3 Die populistische extremistische Botschaft und ihr Potenzial	12
Die ideologische botschaft	12
Das weitere potenzial	15
Fazit	23
4 Antwortstrategien	25
Ausschluss	25
Entschärfung	26
Aneignung	26
Grundsätze	27
Engagement	29
Interaktion	30
Welche strategie und wann?	31
Fazit	31
5 Fazit: Spurwechsel	33

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildungen

1	Unterstützung für PEPs in 12 Staaten, 1980–2010	2
2	Der empfundene Stellenwert der Immigration in den EU-Staaten, 2003–2010	15
3	Zwei der wichtigsten Probleme des Landes, 2010	16
4	Gefühle hinsichtlich der Anzahl der Immigranten, 2010	16
5	Die öffentliche Wahrnehmung: Bedeutet Immigration ein Problem oder eine Chance?	17
6	Einstellungen der Öffentlichkeit zum kulturellen Einfluss der Immigration	19
7	Die öffentliche Wahrnehmung der Integration von Muslimen in die Gesellschaft	21
8	Die öffentliche Wahrnehmung der Integration von Muslimen und Immigranten in sechs EU-Staaten	22
9	Die Unzufriedenheit der Öffentlichkeit mit dem Funktionieren der nationalen Demokratie	23
10	Die öffentliche Wahrnehmung der Regierungsleistung in Fragen der Immigration und Integration	24
11	Wahrgenommene Voraussetzungen für Immigranten, die Staatsbürgerschaft zu erhalten	28

Tabellen

1	Einstellungen der BNP-Wähler	11
2	Einstellungen zu legaler und illegaler Immigration	18
3	Einstellungen zu Muslimen in acht Staaten	20

Grußwort

In den letzten Jahren haben populistische extremistische Parteien in der ganzen Europäischen Union bemerkenswerte Durchbrüche bei nationalen und kommunalen Wahlen erzielt. Ihr Aufstieg stellt die europäischen Gesellschaften, die Parteien der politischen Mitte und den Prozess der europäischen Integration selbst vor eine wachsende Herausforderung. In einer Zeit, in der viele europäische Regierungen angesichts sinkenden Wirtschaftswachstums, unpopulärer Einwanderungspolitik und eines wachsenden EU-Skeptizismus um ihre Glaubwürdigkeit kämpfen, ist diese Herausforderung besonders gravierend.

Vor diesem Hintergrund hat Daniel Sachs, CEO von Proventus und Chairman der Daniel Sachs Foundation, im Frühjahr 2010 erstmals Kontakt zu mir aufgenommen. Die bevorstehenden Parlamentswahlen in Schweden und die zunehmende Unterstützung für die populistischen extremistischen Schwedendemokraten veranlassten ihn, Chatham House ein Projekt vorzuschlagen, das nicht nur die treibenden Kräfte hinter der Unterstützung für die populistischen extremistischen Parteien untersuchen, sondern auch mögliche politische Antworten behandeln sollte. Als Institut, das sich der Aufgabe verschrieben hat, die treibenden Kräfte zu verstehen, die internationalen Angelegenheiten zugrunde liegen, fanden wir die Idee,

dieses Phänomen eingehend zu untersuchen und politischen Entscheidungsträgern den wissenschaftlichen Befund nahezubringen, besonders reizvoll. Mein besonderer Dank gilt daher Daniel Sachs, der uns nicht nur dazu ermutigt hat, dieses Projekt durchzuführen, sondern auch einen umsichtigen Beitrag zu dessen Überlegungen geleistet und uns während der ganzen Zeit uneingeschränkt unterstützt hat.

In Matthew Goodwin, Juniorprofessor für Politik an der Universität von Nottingham und ein Spezialist auf diesem Gebiet, hat Chatham House einen Projektleiter gefunden, der über eine solide Forschungsgrundlage im Bereich der extremistischen Parteien verfügt und sich zugleich seit Langem für die politischen Antworten seitens der Parteien der politischen Mitte interessiert. Er hat sich ein Netzwerk aus Experten und politischen Akteuren aus der ganzen Europäischen Union erschlossen, das Projekt von Anfang an kompetent geleitet und seine Ergebnisse in diesem Report zusammengefasst.

Chatham House wurde bei diesem Unternehmen durch Zuwendungen der Stiftung Mercator, der Novamedia/PostkodLotteriet und der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt. Ihre großzügige Förderung hat es uns ermöglicht, unsere Diskussionen in vier europäischen Hauptstädten auszutragen, uns auf ein wahrhaft gesamteuropäisches Gespräch über populistischen Extremismus einzulassen und Forschung und Ergebnisse mit einem breiten Publikum zu teilen.

In Chatham House hoffen wir, dass wir auf dieser Untersuchung aufbauen und in den kommenden Jahren sowohl das sich wandelnde Phänomen des Aufstiegs der populistischen extremistischen Parteien detaillierter erforschen als auch die bestmöglichen Wege finden können, um ihre Anziehungskraft infrage zu stellen.

Robin Niblett
Direktor, Chatham House

Vorwort

Dieses Projekt wurde aus Frustration und Angst geboren – den gleichen Kräften, die einen Teil des fruchtbaren Bodens ausmachen, auf dem der populistische Extremismus entsteht. Während ich die Entwicklungen in Schweden verfolgte, einem Land, das man diesbezüglich lange für immun gehalten hat, überkam mich die Angst, dass die öffentliche Toleranz gegenüber den Unterschieden in der Gesellschaft sinken würde, und ich hatte Angst vor der Art, in der eine ausschließende Form von Politik zunehmend Unterstützung und Einfluss gewann. Dieser Trend hat sich seitdem in Form der immigrantenfeindlichen und antimuslimischen Schwedendemokraten (SD) manifestiert, die bei den nationalen Wahlen 2010 einen großen Teil der Wählerstimmen erhielten und 20 Sitze im Parlament gewannen. Diese tendenziell steigende Unterstützung für populistische extremistische Parteien (PEPs) beschränkt sich nicht nur auf Schweden. Tatsächlich ist dieser Trend eine der bemerkenswertesten Entwicklungen in der Politik des modernen Europas.

Ich war außerdem frustriert angesichts des Unvermögens oder der mangelnden Bereitschaft der etablierten Parteien der politischen Mitte, dieser Bedrohung der liberalen repräsentativen Politik etwas entgegenzusetzen. Meiner Ansicht nach wird die Unzulänglichkeit dieser Reaktion sowohl inhaltlich in den Programmen der Hauptparteien offenkundig – die sich mit schwierigen, wertebeladenen und oft kontroversen Themen, um die herum populistische Extremisten Unterstützung gewinnen, nur zurückhaltend befassen – als auch in einer mangelnden kohärenten und wirkungsvollen Strategie, wie mit den populistischen Extremisten

umzugehen sei. Während die PEPs dem Austausch der besten Verfahren und der Entwicklung längerfristiger Strategien viel Zeit, Aufwand und Ressourcen widmen, scheint es, als haben die etablierten Parteien deren Aufstieg bisher geleugnet und planlos gehandelt. Zu oft war die Reaktion darauf ereignisgeleitet und kurzsichtig, und zu lange hat man es versäumt, diese Herausforderung anzugehen.

Dieses Projekt sollte einen kleinen Beitrag dazu leisten, diesem Trend eine Wende zu geben. Ziel war es, die Ursachen und Folgen der zunehmenden Unterstützung für den populistischen Extremismus in Europa zu *verstehen*, und zu überlegen, wie man am besten auf diesen Trend *antwortet*. Im Laufe eines Prozesses, der uns von London nach Berlin und von Sofia nach Stockholm geführt hat, haben wir empirische wissenschaftliche Forschungsergebnisse geprüft und zusammen mit Politikern, öffentlichen Entscheidungsträgern und Fachleuten mögliche Antwortstrategien sorgfältig erwogen. Diese Diskussionen waren um eine Reihe von Fragen herum gruppiert. Was sind die größeren Trends, die günstige Bedingungen für PEPs geschaffen haben? Was sagt das Belegmaterial darüber aus, wer diese Parteien wählt und warum? Wie gewinnen kleine extremistische politische Kräfte breitere Wahlunterstützung durch populistische Methoden? Wie können wir die universalistischen und egalitären Werte, die integraler Bestandteil der europäischen Identität geworden sind, schützen? Und wie können verschiedene gesellschaftliche Akteure die Angst der Öffentlichkeit hinsichtlich sensibler und sehr kontroverser Themen wie Immigration, Asyl, Globalisierung und der Rolle des Islams in den europäischen Demokratien adressieren? Wie viel der steigenden Wahlunterstützung für PEPs ist auf Angebotsfaktoren zurückzuführen – zum Beispiel darauf, dass diese Parteien bessere Populisten werden und neue Wählergruppen anziehen – und wie viel auf Nachfragefaktoren – zum Beispiel Arbeitslosigkeit, Kriminalität, die Angst als Verlierer dazustehen, mangelndes Vertrauen in die etablierten Parteien, und Frustration in großen Teilen der Wählerschaft. In einer Zeit, in der die europäischen

Gesellschaften zunehmend vielfältiger werden und Vorurteile und eine ablehnende Haltung gegenüber dieser Vielfalt wachsen, wird der Aufbau neuer Grundlagen für den sozialen Zusammenhalt eine tiefgreifende Herausforderung für die europäischen Bürger ebenso wie für die Parteien der politischen

Mitte sein. Ich hoffe, dass das Projekt einen Beitrag zu dieser wichtigen Aufgabe leisten kann.

Daniel Sachs

*CEO von Proventus und Chairman der Daniel Sachs Foundation
Stockholm, September 2011*

Über den Autor

Matthew Goodwin ist Juniorprofessor für Politik an der School of Politics and International Relations der Universität von Nottingham und Associate Fellow am Chatham House. Seine Hauptforschungsinteressen gelten dem politischen Extremismus, dem Wahlverhalten und der Immigration. Er ist Autor der Publikation *New British Fascism: Rise of the British National Party* und Mitherausgeber von *The New Extremism in Twenty-First Century Britain* (beide erschienen bei Routledge). Seine Forschungen sind in führenden wissenschaftlichen Fachzeitschriften veröffentlicht worden, unter anderem im *European Journal of Political Research*, im *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* und in *Political Studies*. Ausgehend von diesen Forschungen hat Dr. Goodwin Regierungsorgane und andere Kommissionen zu diesen Themen beraten, unter anderem das Home Office (Innenministerium), das Cabinet Office (entspricht

dem deutschen Kanzleramt, A. d. Ü.), das Department for Communities and Local Government (DCLG, Ministerium für kommunale Angelegenheiten und örtliche Selbstverwaltung), die Equalities and Human Rights Commission (EHRC, Ausschuss für Gleichstellung und Menschenrechte), kommunale Behörden und Sicherheitsdienste. Er ist häufig Diskussionsteilnehmer bei internationalen Konferenzen und regelmäßiger Kommentator in den Medien, unter anderem für den *Economist*, die *New York Times*, den *Guardian* und die *Financial Times* sowie für die Sendungen *Newsnight* und *Westminster Hour*. Von 2007 bis 2010 war er an der Universität von Manchester tätig, wo er Economic and Social Research Council (ESRC) Postdoctoral Research Fellow war. Seine Forschungen auf diesem Gebiet sind teilweise von der British Academy finanziell unterstützt worden.

Dank

In diesem Report findet eine einjährige Diskussion und Debatte ihren Höhepunkt. Im Rahmen von Workshops, die in vier europäischen Hauptstädten abgehalten wurden, hatte ich das Vergnügen, viele führende europäische Denker und Fachleute auf diesem Gebiet zu treffen und mit ihnen über die Herausforderungen zu diskutieren, um den populistischen Extremismus zu verstehen und ihm etwas entgegenzusetzen.

Dieses Projekt wurde von Daniel Sachs initiiert, der während der ganzen Zeit eine fortwährende Quelle der Unterstützung und Beratung war. Ich möchte Daniel und der Daniel Sachs Foundation danken. Das Projekt wurde durch die großzügige Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Novamedia/PostkodLotteriet und der Stiftung Mercator ermöglicht, denen wir zu besonderem Dank verpflichtet sind.

Ich möchte auch den Partnerinstitutionen danken, die die Workshops für das Projekt veranstaltet haben: der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, Ruzha Smilova und dem Zentrum für Liberale Strategien in Sofia sowie Botschafter Andrew Mitchell, der Britischen Botschaft und Proventus in Stockholm. Jeder Workshop profitierte von den Analysen

der Experten: von Ted Cante, Jocelyn Evans und Marietje Schaake in London; von Péter Balázs, Kai-Olaf Lang, Kurt Richard Luther, Stephan Mayer, Grigorij Mesežnikov, Sabine Riedel und Damir Skenderovic in Berlin; von Zhidas Daskalovski, Rafal Pankowski, Daniel Smilov, Cosmina Tanasoiu und Renata Uitz in Sofia; sowie Lisa Bjurwald, Ann-Cathrine Jungar, Sarah de Lange, Birgitta Ohlsson, Jens Rydgren und Pal Tamas in Stockholm. Mein Dank gilt allen, die teilgenommen haben.

Diesem Text ist es zugute gekommen, dass er von exzellenten Fachleuten überprüft wurde. Ich schulde Nick Johnson vom Smith Institute Dank für viele hilfreiche Ideen, wie man auf den populistischen Extremismus reagieren kann. Innerhalb von Chatham House gebührt der Dank Margaret May, Nick Bouchet, Alis Martin und besonders Thomas Raines für die Koordination des Projekts und der Workshops.

Schließlich möchte ich dem Direktor von Chatham House, Robin Niblett, für seinen Überblick, seine Beratung und Führung bei der Initiierung des Projekts danken.

September 2011

Matthew Goodwin

Verzeichnis der populistischen extremistischen Parteien in Europa

AENB	Allianz der Europäischen Nationalen Bewegungen
AN	Nationale Allianz – Italien (Alleanza Nazionale)
BNP	Britische Nationalpartei – Großbritannien (British National Party)
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
DF	Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti)
DVU	Deutsche Volksunion
FN	Nationale Front – Frankreich, auch Belgien (Front National)
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FrP	Fortschrittspartei–Norwegen (Fremskrittspartiet)

Jobbik	Bewegung für ein besseres Ungarn (Jobbik Magyarorszáért Mozgalom)
LN	Liga Nord – Italien (Lega Nord)
LPF	Liste Pim Fortuyn – Niederlande (Lijst Pim Fortuyn)
LPR	Liga Polnischer Familien (Liga Polskich Rodzin)
MIÉP	Ungarische Wahrheits- und Lebenspartei (Magyar Igazság és Élet Pártja)
MS-FT	Dreifarbige Flamme – Italien (Movimento Sociale Fiamma Tricolore)
MSI	Italienische Sozialbewegung (Movimento Sociale Italiano)
ND	Nationaldemokraten – Schweden (Nationaldemokraterna)
NF	Nationale Front – Großbritannien (National Front)
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
PRM	Großrumänienpartei (Partidul România Mare)
PS	Wahre Finnen (Perussuomalaiset)
PVV	Partei für die Freiheit – Niederlande (Partij voor de Vrijheid)
SD	Schwedendemokraten (Sverigedemokraterna)
SNS	Slowakische Nationalpartei, auch Slowenische Nationale Partei (Slovenská Národná Strana oder Slovenska Nacionalna Stranka)
SRP	Sozialistische Reichspartei Deutschlands
SVP	Schweizerische Volkspartei
VB	Flämische Interessen/früher Flämischer Block (Vlaams Belang)

Zusammenfassung

Populistische extremistische Parteien (PEPs) stellen eine der dringlichsten Herausforderungen für die europäischen Demokratien dar. Diesen Parteien sind zwei Hauptmerkmale gemeinsam: Sie lehnen Immigration und zunehmende ethnische und kulturelle Vielfalt aufs Schärfste ab, und sie verfolgen eine populistische „Anti-Establishment“-Strategie, die die Parteien der politischen Mitte angreift und der liberalen repräsentativen Demokratie ambivalent, wenn nicht gar ablehnend gegenübersteht. Diese Parteien und ihre Anhänger werden nach wie vor nur unzureichend verstanden. Was treibt manche Bürger dazu, sich von den Parteien der politischen Mitte ab- und den populistischen Extremisten zuzuwenden? Welche Botschaft bieten diese Parteien an, und wie empfänglich sind europäische Wähler für diese Botschaft? Wie, wenn überhaupt, können die Parteien der politischen Mitte dem Aufstieg der PEPs etwas entgegensetzen? Dieser Report untersucht, was Bürger in ganz Europa dazu *veranlasst*, sich hinter populistische Extremisten zu stellen, und wie die Eliten der politischen Mitte auf diese Herausforderung *antworten* können. Er lässt die gängigen Klischees beiseite und verfolgt einen objektiven und faktenbasierten Ansatz, um die charakteristischen Merkmale und Anliegen der PEP-Anhänger, die Botschaft und das weitere Potenzial des populistischen Extremismus sowie mögliche Antwortstrategien zu erforschen.

Die Herausforderung

Im Gegensatz zu den Annahmen in den 1980er- und 1990er-Jahren, das Aufkommen der PEPs in Europa sei nichts

weiter als ein Strohfeuer, erhalten diese Parteien nach wie vor beträchtliche und dauerhafte Unterstützung. Sie haben sich an nationalen Regierungskoalitionen beteiligt. Sie sind sowohl in Ländern aufgetaucht, die eine politisch extremistische Tradition haben, als auch in solchen, die man vorher für diesbezüglich immun gehalten hatte. Sie sind noch vor den Terroranschlägen des 11. Septembers 2001 und der jüngsten Finanzkrise in Erscheinung getreten. Sie haben Unterstützung in einigen Regionen Europas gewonnen, die zu den wirtschaftlich sichersten und denjenigen mit der höchsten Bildung zählen. Manche haben ihre „charismatischen“ Anführer überdauert, die man einmal für den Hauptgrund ihres Erfolgs gehalten hat. Im Laufe der Zeit haben PEPs sowohl die rechte Mitte als auch die linke Mitte herausgefordert. Manche vertreten die Auffassung, ihr Aufstieg habe zu einer „Ansteckung von rechts“ geführt, da sie moderate rechtsstehende Parteien dazu gebracht haben, sich eine zunehmend restriktive Politik hinsichtlich Immigration und Integration zu eigen zu machen. Andere behaupten, ihr Aufstieg habe die Mitte-Links-Parteien vor eine „dreifache Herausforderung“ gestellt, dadurch dass sie (a) den Mitte-Rechts-Parteien helfen, Koalitionen zu bilden, (b) zunehmend den Stellenwert sozialer und kultureller Themen hervorheben, bei denen die Rechte tendenziell besser abschneidet, und (c) Anhänger bei den Arbeitern rekrutieren, die traditionell die Linke unterstützt haben.¹ Auf der Ganze betrachtet, machen diese Anfechtungen deutlich, dass die Herausforderung durch die populistischen extremistischen Parteien genauer untersucht werden sollte.

Die Anhänger

Die Anhänger der PEPs werden häufig als politische Protestler, Ein-Themen-Wähler oder wirtschaftlich benachteiligte „Verlierer der Globalisierung“ abgetan. Doch diese Klischees verkennen eine Fülle von Belegen hinsichtlich der charakteristischen Merkmale und Anliegen dieser Bürger. PEPs sind keine „Volks“-Parteien, die an die ganze Gesellschaft appellieren. Stattdessen ist ihre Unterstützung fest in bestimmten sozialen Gruppen verankert. Die erfolgreichsten Parteien

haben ein Bündnis aus ökonomisch gefährdeten Bürgern der unteren Mittelschicht und gelernten und ungelernten Arbeitern mobilisiert. Nicht alle PEPs haben diese Koalition bilden können: Manche sind gescheitert und von einer geringer werdenden Basis aus aufgebracht, schlecht ausgebildeten Männern der Arbeiterklasse abhängig geworden. Aber all ihren Anhängern ist ein Hauptmerkmal gemeinsam: ihre zutiefst ablehnende Haltung gegenüber Immigration, Multikulturalismus und zunehmender kultureller und ethnischer Vielfalt. Im Gegensatz zu der herkömmlichen Auffassung, diese Bürger motivierten Gefühle ökonomischer Konkurrenz zu Immigranten und Minderheiten, sind Gefühle *kultureller* Bedrohung die wichtigste Triebfeder für ihre Unterstützung. Der für diese Bürger entscheidende Beweggrund ist das Gefühl, dass Immigration und zunehmende Vielfalt ihre nationale Kultur, die Einheit ihrer nationalen Gemeinschaft und Lebensweise bedrohen. Ähnlich wie andere Wähler sind Bürger, die PEPs unterstützen, nicht irrational. Sie werden von eindeutigen und kohärenten Zielen geleitet: Sie möchten, dass die Einwanderung reduziert und die zunehmende Vielfalt begrenzt oder gänzlich gestoppt wird. Sie sind wegen dieser Probleme zutiefst beunruhigt und hochgradig unzufrieden mit der Antwort, die ihnen von den Parteien der politischen Mitte derzeit angeboten wird.

Das weitere Potenzial

Populistische extremistische Parteien bieten den Bürgern eine Reihe eindeutiger Konzepte an: Die wichtigsten sind ihre exkludierende Politik im Hinblick auf Immigranten und Minderheiten und eine populistische „Anti-establishment“-Strategie, die auf die Parteien der politischen Mitte und andere gesellschaftliche Institutionen zielt. PEPs unterstellen Minderheiten (jedoch zunehmend Muslimen), sie seien eine wirtschaftliche und vor allem kulturelle Bedrohung für die europäischen Gesellschaften. Sie behaupten auch, die Parteien der politischen Mitte seien unfähig oder nicht willens, auf diese Bedrohung zu reagieren. Über die

tatsächlichen Wähler dieser Parteien hinaus gibt es große Teile der europäischen Wählerschaft, die für diese Botschaft potenziell empfänglich sind. Dieses Potenzial zeigt sich in drei Bereichen: (1) in der Einstellung der Öffentlichkeit zur Immigration; (2) in der zunehmend ablehnenden Haltung der Öffentlichkeit gegenüber ansässigen muslimischen Gemeinschaften; und (3) in der Unzufriedenheit der Öffentlichkeit mit den Parteien der politischen Mitte und ihrer Leistung in Fragen der Immigration. Während traditionelle und primitivere Formen rassistischer Vorurteile abnehmen, ist eine ablehnende Haltung gegenüber der Immigration weiterhin relativ weit verbreitet. Diese ablehnende Haltung ist weniger durch wirtschaftliche Missstände motiviert als vielmehr durch Gefühle kultureller Bedrohung: Eine große Anzahl von Bürgern hat das Gefühl, dass zu viele Immigranten in ihren Ländern sind, sie nehmen Minderheiten als Belastung für die staatlichen Sozialsysteme wahr und sind zutiefst beunruhigt über die Auswirkungen dieser Änderungen auf ihre nationale Kultur und Gemeinschaft. Beispielsweise zeigt eine Studie, die Faktoren untersucht, welche die Einstellungen der Öffentlichkeit zur Immigration beeinflussen, dass die Sorgen um die kulturelle Einheit neunmal höher sind als die Besorgnis über Kriminalität und fünfmal höher als die Sorgen um die nationale Wirtschaft.²

Die PEPs stellen zunehmend eine Verbindung zwischen diesem Gefühl kultureller Bedrohung und den *ansässigen* muslimischen Gemeinschaften her, und es gibt Belege dafür, dass eine erhebliche Angst der Öffentlichkeit angesichts der wahrgenommenen Schwierigkeiten besteht, diese Gruppe in die breitere Gesellschaft zu integrieren. In einigen Ländern treten die PEPs jetzt stärker in Regionen auf, die nicht einfach nur ethnisch vielfältig sind, sondern in denen es große muslimische Gemeinschaften gibt (während die Unterstützung für sie *geringer* in Regionen ist, in denen es eine große Anzahl nichtmuslimischer Asiaten oder anderer Minderheiten gibt).³ Das deutet daraufhin, dass eine antimuslimische Stimmung zur Haupttriebfeder der Unterstützung für diese Parteien wird und dass es die zeitgenössischen

2 E. Ivarsflaten (2005), „Threatened by Diversity. Why Restrictive Asylum and Immigration Policies Appeal to Western Europeans“, in: *Journal of Elections, Public Opinion and Parties*, 15, 1, S. 21–45.

3 Zum Beispiel R. Ford und M. J. Goodwin (2010), „Angry White Men. Individual and Contextual Predictors of Support for the British National Party“, in: *Political Studies*, 58, 1, S. 1–25.

PEP-Anhänger nicht länger zufriedenstellt, wenn lediglich über die Reduzierung der Einwanderungszahlen oder die Verschärfung der Grenzsicherheit geredet wird. Kurz gesagt, es gibt beträchtliches Potenzial für Parteien, die eine Kombination aus immigrantenfeindlichen und anti-muslimischen Positionen anbieten. Dass dieses Potenzial vorhanden ist, wird dadurch unterstrichen, dass zahlreiche Bürger in Europa unzufrieden mit den Parteien der politischen Mitte sind und ihnen und ihrer Leistung in diesen Fragen misstrauen.

Die Antwort

Es gibt keine einheitliche Antwort auf die PEPs, aber sechs mögliche Antwortstrategien für die Parteien der politischen Mitte: „Ausschluss“, „Entschärfung“, „Aneignung“, „Grundsätze“, „Engagement“ und „Interaktion“ bieten verschiedene Wege für das weitere Vorgehen. Jede Strategie ist mit Risiken verbunden, und ihre Wirksamkeit wird stark vom jeweiligen nationalen Kontext abhängen. Auf einer allgemeineren Ebene stehen die ersten vier Strategien allerdings im Widerspruch zu den Schlussfolgerungen dieses Reports. Die letzten beiden – Engagement und Interaktion –, die sich stärker auf die kommunale Ebene konzentrieren, bieten die besten Chancen für einen Fortschritt.

- Mit *Ausschluss* wären Bestrebungen gemeint, die PEPs den Zugang zu öffentlichen Ämtern verwehren und sie davon abhalten, Debatten zu beeinflussen. Bisher spricht wenig für die herkömmliche Auffassung, dass es tatsächlich funktioniert, wenn man populistische Extremisten von Debatten und öffentlichen Ämtern ausschließt. Eher scheint das Gegenteil der Fall zu sein: Parteien, die ausgeschlossen werden, tendieren dazu, noch extremere ideologische Positionen zu beziehen. Außerdem weisen die Bürger, die PEPs unterstützen, bereits ein äußerst hohes Maß an politischer Unzufriedenheit auf und sind auch misstrauischer als Wähler von Parteien der politischen Mitte. Diese Wähler in den Schoß der Parteien der politischen Mitte zurückzulocken, wird schwierig genug sein;
- Versuche, die populistische extremistische Botschaft zu *entschärfen*, würden darauf hinauslaufen, dass die Parteien der politischen Mitte Themen, bei denen sie einen strategischen Vorteil haben, in den Fokus rücken. Politiker würden kulturelle und soziale Angelegenheiten, bei denen die PEPs tendenziell besser abschneiden (z. B. Immigration), herunterspielen und traditionellere Themen betonen, bei denen die etablierten Parteien tendenziell besser dastehen (z. B. die Wirtschaft). Wenn man jedoch den zunehmenden Stellenwert von Immigration und Integration im Bewusstsein der Wähler berücksichtigt, ist diese Strategie nicht haltbar. Sie könnte sogar weitere und hochgradig negative Konsequenzen haben: Das wissenschaftliche Belegmaterial spricht dafür, dass das Gesamtvertrauen der Öffentlichkeit in die politischen Institutionen – und das Funktionieren des politischen Systems insgesamt – untergraben wird, wenn man keine Lösung für die Sorgen der Öffentlichkeit hinsichtlich der Immigration findet.
- *Aneignung* würde dazu führen, dass man sich eine restriktivere Einwanderungs-, Integrations- und Law-and-Order-Politik zu eigen macht. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass eine solche „Rechtswende“ den grundlegenden Sorgen jener Bürger gerecht wird, die mit der Botschaft der populistischen Extremisten sympathisieren, und sie könnte sogar die grundlegenden Traditionen von Toleranz und Pluralismus aufs Spiel setzen. Außerdem könnte diese Strategie der Glaubwürdigkeit der etablierten Parteien einigen Schaden zufügen, die Stammwähler vor den Kopf stoßen und unabsichtlich die Kampagnen der populistischen Extremisten legitimieren. Es ist also sehr unwahrscheinlich, dass die Parteien der politischen Mitte Wähler davon überzeugen können, dass sie bei diesen kontroverseren Themen kompetent agieren können.
- Die Strategie der *Grundsätze* würde eine politische Debatte mit den PEPs beinhalten. Sie müsste aber in einer Art und Weise geführt werden, die dem wissenschaftlichen Befund hinsichtlich der Beweggründe für die Sorgen der Öffentlichkeit entspricht. In ganz

Europa haben die Parteien der politischen Mitte viel in eine Darstellung investiert, die die wirtschaftlichen Argumente für die Immigration hervorhebt. Doch zeigt das Belegmaterial eindeutig, dass diese Darstellung den Sorgen und Ängsten zeitgenössischer PEP-Anhänger und jenen, die diesen Parteien gegenüber potenziell empfänglich sind, wahrscheinlich nicht gerecht wird. Einfach ausgedrückt: Es ist unwahrscheinlich, dass diejenigen, die für die Botschaft der populistischen extremistischen Parteien am offensten sind, durch Argumente überzeugt werden können, die die wirtschaftlichen Vorteile der Immigration betonen. Ihre Sorgen sind stärker durch die Überzeugung bestimmt, dass Immigranten, kulturell andersartige muslimische Gemeinschaften und zunehmende kulturelle Vielfalt einen hochgradig negativen Einfluss auf ihre nationalen Kulturen, Gemeinschaften und Lebensweisen haben. Diese Bürger wünschen sich einen Dialog über diese Bedrohungen, aber zurzeit scheinen nur populistische Extremisten mit ihnen zu sprechen. Die Eliten der politischen Mitte müssen über die wirtschaftliche Argumentation für die Immigration hinausgehen und Gründe für die kulturelle Vielfalt in die Diskussion einbringen.

- Im Gegensatz zu den genannten Strategien würde *Engagement* einen erheblich größeren Aufwand erfordern, um dem Wahlkampf der PEPs an der Basis etwas entgegenzusetzen. In den letzten Jahren hat die Professionalisierung der Politik wohl viele Wähler alleine gelassen, die sich entrechtet fühlen und zugleich empfänglich für die populistische Antiestablishment-Botschaft sind. Die mögliche Auswirkung spiegelte sich am besten in einer lokalen Studie wider, die herausfand, dass einige Wähler mehr persönlichen Kontakt mit Aktivisten der PEPs als mit jenen der Parteien der politischen Mitte hatten.⁴ Um die Herzen und den Verstand der Wähler zu gewinnen, sollten die Parteien der politischen Mitte Teil jeder Gemeinde sein, dort eine aktive und sichtbare Präsenz haben und stärkere Verbindungen zu lokalen Gruppen und Foren schaffen. In der Praxis bedeutet das, vollständige

Kandidatenlisten auf kommunaler Ebene aufzustellen, sich auf die Wähler persönlich einzulassen und manche Ressourcen anderweitig einzusetzen, um den Wahlkampf an der Basis neu zu beleben.

- Schließlich würde *Interaktion* die Unterstützung des Kontakts und Dialogs zwischen verschiedenen ethnischen und kulturellen Gruppen innerhalb einer bestimmten Gemeinde, vor allem jedoch zwischen Mitgliedern der Mehrheit und der muslimischen Minderheit, bedeuten. Dies würde jedoch noch weitaus größere Anstrengungen erfordern. Statt sich auf die Dynamik des Parteienwettbewerbs zu konzentrieren, würde man die grundlegenden Sorgen direkt angehen, die Triebfeder für die Unterstützung der PEPs sind. Dieser Ansatz stützt sich auf die jahrzehntelange Forschung im Bereich der Sozialpsychologie, die zeigt, dass zunehmende Kontakte zwischen Mitgliedern unterschiedlicher Gruppen Vorurteile abbauen, der empfundenen Bedrohung entgegenwirken und Toleranz erhöhen können. Diese Strategie bietet den Eliten der politischen Mitte und anderen gesellschaftlichen Akteuren (wie ehrenamtlichen Gruppen und solchen des Dienstleistungssektors) die Möglichkeit, Gemeinden dabei zu unterstützen, gegenüber der populistischen extremistischen Botschaft resistenter zu werden.

PEPs haben die letzten zwei Jahrzehnte damit verbracht, Strategien, Konzepte und die besten Verfahren untereinander auszutauschen. Dies hat sie in die Lage versetzt, auf neue Themen und Ereignisse innovativer und wirkungsvoller als die etablierten Parteien zu reagieren. Bis die Parteien der politischen Mitte auf die gleiche Weise beginnen, Lektionen auszutauschen, ihre Antworten auf Fakten zu stützen und die tatsächlichen Ängste der PEP-Wähler zu adressieren, werden die populistischen Extremisten weiterhin Anhänger in einer neuen Generation von Bürgern mobilisieren. Wenn Politiker und politische Entscheidungsträger bereit sind, sich dieser Herausforderung zu stellen, müssen sie ihre derzeitige Vorgehensweise hinsichtlich des populistischen Extremismus radikal überdenken.

1. Einleitung: Die Herausforderung

Das Hervortreten des populistischen Extremismus ist eine der dringlichsten Herausforderungen, vor der die europäischen Demokratien stehen. Doch diese Herausforderung ist nicht neu. Mindestens seit den 1970er-Jahren und häufig in großer Zahl haben sich Bürger hinter populistische extremistische Parteien gestellt. Diesen Parteien sind zwei Hauptmerkmale gemeinsam: Sie lehnen das Prinzip der Gleichheit aller Menschen ab und verfechten folglich eine diskriminierende Politik gegenüber Immigranten und Minderheiten, und sie hängen einer populistischen Anti-Establishment-Strategie an, die gegenüber den Parteien der politischen Mitte zutiefst kritisch eingestellt ist und gegenüber der liberalen repräsentativen Demokratie eine ambivalente, wenn nicht gar ablehnende Haltung vertritt.⁵

Diese europäische „Familie“ der PEPs ist groß und vielfältig zugleich.⁶ Zu ihren Mitgliedern in Westeuropa gehören das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die British National Party (BNP), die Dänische Volkspartei (DF), der Front National (FN) in Frankreich, die Deutsche Volksunion (DVU), die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDP), der Front National (FN) und Vlaams Belang (VB) in Belgien, die Lega Nord (LN) und die Dreifarbig Flamme (MS-FT) in Italien, die Partei für die Freiheit (PVV) in den

Niederlanden, die norwegische Fortschrittspartei (FrP) und die Schwedendemokraten (SD).

Während einige Parteien neu sind, haben andere längere Traditionen. Ein Analytiker hat beobachtet, dass PEPs in drei verschiedenen Wellen nach dem Zweiten Weltkrieg aufgetaucht sind.⁷ Die erste Welle setzte nach Kriegsende ein und bestand aus offen faschistischen und Neonazi-Parteien, die sich unverhohlen politischen Ideen verschrieben, die ihre Blütezeit in den Zwischenkriegsjahren erlebt hatten. Während einige Parteien, wie beispielsweise die Sozialistische Reichspartei (SRP) in Deutschland, verboten wurden, stellten andere fest, dass ihre offen rassistische, antisemitische und antidemokratische Botschaft nur am Rande Unterstützung gewann. Zur zweiten Welle, die in den 1970er-Jahren aufkam, gehörten die Fortschrittsparteien in Skandinavien, die hauptsächlich populistische Antisteuerbewegungen waren, und Parteien wie die National Front (NF) in Großbritannien, die nur vereinzelt und kurzzeitig Unterstützung erhielten.

Die dritte Welle geht auf die Mitte der 1980er-Jahre zurück und war mit einer sehr viel größeren und dauerhafteren Unterstützung für die PEPs verbunden. Der Aufstieg von Parteien wie der österreichischen FPÖ, des französischen FN und von Vlaams Blok/Belang (VB) in Belgien folgte auf eine neue Einwanderungsphase, in deren Zuge ungefähr 30 Millionen Menschen entweder als Arbeiter oder deren Familienangehörige nach Europa kamen.⁸ Diese und andere Parteien begannen, beachtliche Unterstützung zu mobilisieren. Beispielsweise stieg die Zahl der Wähler für die österreichische FPÖ zwischen 1986 und 1999 um das Dreifache auf 27 Prozent, der französische FN verwandelte sich von einer Randgruppe in eine professionelle Wählerpartei die regelmäßig über mindestens 10 Prozent Stimmenanteil verfügte, und die Unterstützung für den belgischen VB schoss von 1,9 auf 11,9 Prozent.

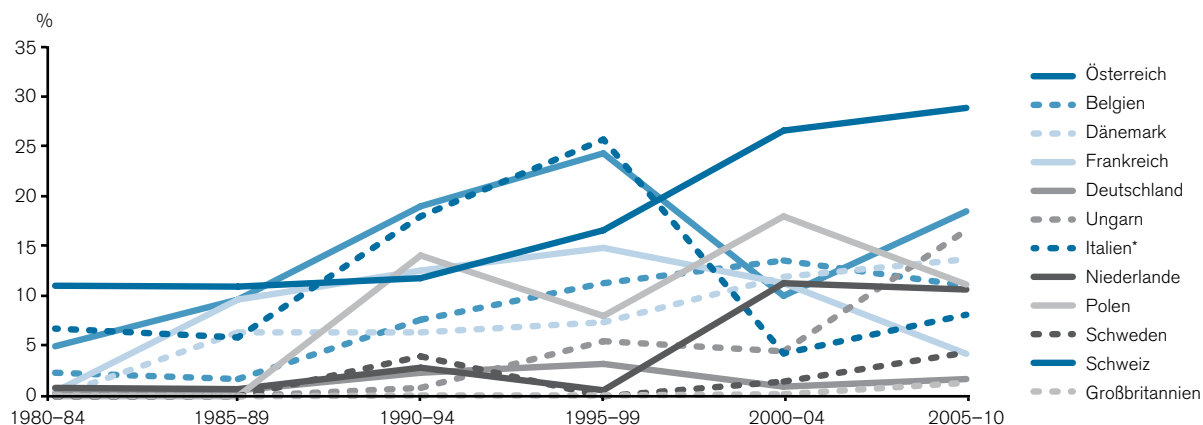
5 Diese Definition stützt sich auf J. Rydgren (2005), „Is Extreme Right-Wing Populism Contagious? Explaining the Emergence of a New Party Family“, in: *European Journal of Political Research*, 44, S. 413–437, und E. L. Carter (2005), *The Extreme Right in Western Europe: Success or Failure?*, Manchester: University of Manchester Press.

6 Zum Ansatz, diese Parteien als eine „Familie“ zu betrachten, siehe C. Mudde (1996), „The War of Words. Defining the Extreme Right Party Family“, in: *West European Politics*, 19, S. 225–248.

7 Klaus Von Beyme (Hg.) (1988), *Right-Wing Extremism in Western Europe*, London: Frank Cass.

8 A. M. Messina (2007), *The Logics and Politics of Post-WWII Migration to Western Europe*, Cambridge: Cambridge University Press.

Abbildung 1: Unterstützung für PEPs in 12 Staaten, 1980–2010



Anmerkung: Zu den Parteien gehören Österreich: FPÖ; Belgien: Vlaams Blok/Belang, Front National; Dänemark: Fremskridtsparti, Dansk Folkeparti; Frankreich: Front National, Mouvement National Républicain; Deutschland: Republikaner, DVU, NPD; Ungarn: MIÉP, MNS; Italien: MSI/AN, LN; Niederlande: Centrum Democraten, Lijst Pim Fortuyn; Polen: KPN, ZChN; LPR, Samoobrona; Schweden: ND, Sverigedemokraterna, Nationaldemokraterna; Schweiz: AP, SD, SVP-UDC, Lega dei Ticinesi; Großbritannien: BNP, NF.

*Ohne Alleanza Nazionale, einschließlich LN, AS, MS-FT.

Quellen: Einzelne PEP-Ergebnisse und M. Minkenberg (2008), *The Radical Right in Europe. An Overview*, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Als Europa die Schwelle zum 21. Jahrhundert überschritt, hatten die PEPs „einen ungleichmäßigen, jedoch spürbaren Einfluss“, der von den Rändern bis zur politischen Mitte reichte.⁹ Denn obwohl einige von ihnen nur auf lokale Enklaven beschränkt waren, stiegen andere zu nationaler Macht auf. Im Jahr 2000 beteiligte sich die FPÖ an der österreichischen Mitte-Rechts-Regierungskoalition; 2001 begannen die dänische DF und die norwegische FrP Minderheitsregierungen zu unterstützen, und in Italien beteiligten sich eine reorganisierte Alleanza Nazionale (AN) und die Lega Nord (LN) erneut an der Regierung; 2002 tauchte die Liste Pim Fortuyn (LPF) scheinbar aus dem Nichts auf, um 17 Prozent der Wählerstimmen zu erhalten, 26 Sitze im niederländischen Parlament zu gewinnen und sich (kurz) an einer Regierungskoalition zu beteiligen; und im gleichen Jahr zog in Frankreich der FN-Anführer Jean-Marie Le Pen weltweit Aufmerksamkeit auf sich, nachdem er den sozialistischen Kandidaten geschlagen hatte und den Sprung in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen schaffte

(bei der er über 5 Millionen beziehungsweise 18 Prozent der Wählerstimmen erhielt).

Dass die PEPs kontinuierlich in der Lage sind, Anhänger zu mobilisieren, veranlasste einen Analytiker 2007 zu der Schlussfolgerung, sie seien zu einer festen Größe in den meisten europäischen Parteiensystemen geworden und repräsentierten eine der „besorgniserregendsten und am schwersten zu bewältigenden Herausforderungen“ für die Demokratien.¹⁰ Im Gegensatz zu anfänglichen Prognosen, dass es sich bei diesen Parteien nur um ein Strohfeuer handle, bewiesen etliche, dass sie ihre Wähler über mehrere Wahlzyklen an sich zu binden vermochten. Die hartnäckige Langlebigkeit dieser Parteien gehört zu ihren auffälligsten Merkmalen. Ein Politikwissenschaftler machte folgende Beobachtung:

Sie haben eine beträchtliche Anzahl loyaler Wähler; sie sind anscheinend besser in der Lage, die Institutionalisierung zu überstehen, als man vorher angenommen hat, und Fremdenfeindlichkeit und Wohlfahrtschauvinismus sind

9 P. Hainsworth (2000), 'Introduction: The Extreme Right', in: P. Hainsworth (Hg.), *The Politics of the Extreme Right. From the Margins to the Mainstream*, London & New York: Pinter/Continuum, S. 14.

10 Messina, *The Logic and Politics of post-WWII Migration to Western Europe*, S. 2–3.

in jeder europäischen Wählerschaft verbreitet. Es ist zu erwarten, dass sich solche Parteien tatsächlich erfolgreich eine feste Nische in der sich neu formierenden politischen Landschaft Westeuropas sichern werden.¹¹

Die PEPs sind nicht vom Schicksal charismatischer Anführer abhängig geblieben, die man oft für die wichtigste Komponente ihres Erfolgs gehalten hat; während Persönlichkeiten wie Jean-Marie Le Pen, Jörg Haider, Pim Fortuyn, Carl Hagen und Morgens Glistrup von der Bühne abgetreten sind, hält die Unterstützung für ihre Parteien und Nachfolger an. PEPs haben auch Wiederaufstiege bei Wahlen erlebt. Im Jahr 2008 betrug der gemeinsame Stimmenanteil für die BZÖ und die FPÖ in Österreich 29 Prozent, obwohl beide Parteien unter internen Konflikten gelitten hatten. Ihr Potenzial wurde zwei Jahre später durch eine Meinungsumfrage unterstrichen, laut der die FPÖ zur beliebtesten Partei bei jungen Österreichern geworden war.¹²

In dieser Zeit waren PEPs auch in europäischen Ländern auf dem Vormarsch, von denen man vorher gedacht hatte, dass sie gegenüber ihrer Anziehungskraft immun seien. Beispielsweise gewann die British National Party (BNP) bei den europäischen Parlamentswahlen 2009 zwei Sitze zusätzlich zu den über 50 Sitzen in Gemeinderäten und einem Sitz in der Greater London Assembly.¹³ In der Tat entsandten bei diesen Europawahlen die Wähler in Belgien, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Rumänien, der Slowakei und Ungarn populistische Extremisten ins Europäische Parlament.¹⁴ Natürlich sollte man diesen Trend nicht überbewerten. In Ländern wie Deutschland, Irland, Portugal und Spanien haben PEPs bisher keine breite und stabile

Basis aufbauen können.¹⁵ In anderen Ländern jedoch haben sie beachtliche Fortschritte gemacht. Im Jahr 2010 wurden die Versuche der Schwedendemokraten (SD), den Wählern ein akzeptableres Image zu präsentieren, dadurch belohnt, dass sie über fünf Prozent der Stimmen erhielten und 20 Sitze im Parlament gewannen. Im gleichen Jahr wurde Geert Wilders' Partei für die Freiheit (PVV) die drittstärkste Kraft im niederländischen Parlament und trägt maßgeblich dazu bei, die Regierung zu unterstützen. Kurz danach gewannen die Wahren Finnen (PS) über 19 Prozent der Wählerstimmen und wurden zur drittstärksten Partei im finnischen Parlament.

Die Herausforderung durch die PEPs beschränkt sich nicht allein auf Westeuropa. Seit den 1990er-Jahren haben ähnliche Parteien eine vergleichbare, wenn nicht gar größere Unterstützung in ganz Zentral- und Osteuropa gewonnen, und bei Bevölkerungsgruppen, die weniger Erfahrung mit der liberalen Demokratie haben. Manche haben behauptet, PEPs in diesen Regionen seien auch antidemokratischer und militanter, während sie gleichzeitig tendenziell weniger gut organisiert seien.¹⁶ Zu diesen Parteien gehören Ataka in Bulgarien, die tschechischen Republikaner, die Ungarische Wahrheits- und Lebenspartei (MIÉP) und die Nationalparteien in der Slowakei und Slowenien (SNS). Die Großrumänienpartei (PRM) verfolgt eine antisemitische und fremdenfeindliche Ideologie und ist ungarischen und Romagemeinschaften gegenüber ablehnend eingestellt.¹⁷ Im Jahr 2000 reklamierte die PRM rund 35 000 Mitglieder für sich und wurde die zweitstärkste Partei im Parlament, während ihr Vorsitzender in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen kam, nachdem er 30 Prozent der Stimmen erhalten hatte.

- 11 T. Bale (2003), „Cinderella and her Ugly Sisters. The Mainstream and Extreme Right in Europe's Bipolarising Party Systems“, in: *West European Politics*, 26, 3, S. 67–90.
- 12 K. Skyring, „Far-Right Freedom Party most popular among young Austrians“, in: *Deutsche Welle*, 20.11.2010.
- 13 Zum Aufstieg der BNP siehe M. J. Goodwin (2011), *New British Fascism. Rise of the British National Party*, Abingdon & New York: Routledge.
- 14 Dazu zählen die Freiheitliche Partei Österreichs, Vlaams Belang in Belgien, Ataka in Bulgarien, die Dänische Volkspartei, die Wahren Finnen, der Front National in Frankreich, LAOS in Griechenland, Jobbik in Ungarn, Lega Nord in Italien, die Großrumänienpartei, die Slowakische Nationalpartei und die British National Party.
- 15 Inwieweit die Unterstützung für rechtsextreme Parteien in einzelnen Ländern variiert, ist nachzulesen bei Carter (2005), *The Extreme Right in Western Europe*; H. Kitschelt (mit A. McGann) (1995), *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*, Ann Arbor: University of Michigan Press; P. Norris (2005), *Radical Right. Voters and Parties in the Electoral Market*, Cambridge: Cambridge University Press.
- 16 M. Minkenberg (2011), „The Radical Right in Europe Today. Trends and Patterns in East and West“, in: N. Langenbacher und B. Schellenberg (Hg.), *Is Europe on the „Right“ Path? Right-Wing Extremism and Right-Wing Populism in Europe*, Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.
- 17 M. Minkenberg (2002), „The Radical Right in Postsocialist Central and Eastern Europe. Comparative Observations and Interpretations“, in: *East European Politics and Society*, 16, 2, S. 335–362.

In Polen haben ähnliche Parteien von Institutionen der Zivilgesellschaft profitiert, unter anderem von Boulevardzeitungen und dem Sender *Radio Maryja*, der sich bei Millionen von Zuhörern für eine fremdenfeindliche und antisemitische Haltung einsetzte und sie gleichzeitig zur Unterstützung der PEPs aufrief. 2006 hatten die Liga Polnischer Familien (LPR) und die Partei Selbstverteidigung genügend Unterstützung, um gemeinsam mit der Mitte-Rechts-Partei Recht und Gerechtigkeit eine Regierungskoalition zu bilden. Ein Analytiker machte folgende Beobachtung: „Es herrschte der weitverbreitete Eindruck, dass die Extremisten den Mainstream eroberten.“¹⁸ In Ungarn war 2010 die roma-feindliche und antisemitische Partei Jobbik (Bewegung für ein besseres Ungarn) bis ins Parlament aufgestiegen.

Die europäischen PEPs arbeiten aktiv zusammen und tragen ihre Ideen und Strategien über Grenzen hinweg.¹⁹ Dies spiegelt sich in der Allianz der Europäischen Nationalen Bewegungen (AENB) wider, einem europa-weiten Netzwerk, das 2009 gegründet wurde und zu dem Jobbik, der französische FN, Italiens Dreifarbige Flamme, die schwedischen SD, der belgische FN und die britische BNP gehören. Manche Analytiker gehen auch davon aus, dass die PEPs in einigen Ländern „eine Brückenfunktion zwischen einem etablierten Konservatismus und einem explizit antidemokratischen, verdeckt oder offen gewalttätigen Rechtsextremismus“ übernehmen.²⁰ Offen gewalttätige rechtsextremistische Gruppen stehen nicht im Mittelpunkt dieses Reports, aber es ist wichtig, sie nicht aus den Augen zu verlieren. Wie durch die Gräueltaten in Norwegen im Juli 2011 deutlich wurde, gibt es eine eindeutige Bedrohung durch eher gewalttätige „Einzelgänger“, die Verbindungen zur rechtsextremen Politik haben. Auf das Gewaltpotenzial wiesen 2009 auch

die Londoner Polizei und das US-Ministerium für Innere Sicherheit hin, die beide vor den Herausforderungen durch eine zunehmend konfrontative rechte Szene warnten.²¹ Der Schwerpunkt dieses Reports liegt jedoch auf Parteien, die innerhalb eines legalen Rahmens operieren und sich zur Wahl stellen, statt auf gewaltbereiten Gruppen wie ‘Combat 18’ oder dem Netzwerk ‘Blood and Honour’.

Überblick über den Report

Hinter diesem Report steht der Leitgedanke, dass populistische extremistische Parteien und ihre Anhänger immer noch wenig verstanden werden, auch wenn sie beträchtliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Dies liegt größtenteils daran, dass Debatten über diese Herausforderung sich häufig nicht mit den umfangreichen wissenschaftlichen Befunden über diese Parteien, ihre Anhänger und deren Motivationen befassen. Dieser Report wählt einen auf wissenschaftlichem Beweismaterial basierenden Ansatz und stützt sich auf eine Reihe von Workshops, die in vier Ländern organisiert wurden und acht Fallbeispiele für populistischen Extremismus untersuchten.²² Diese Workshops brachten wissenschaftliche Experten, Abgeordnete der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments und zivilgesellschaftliche Gruppen zusammen, um die Lücken zwischen Debatte, Politik und wissenschaftlichem Befund zu schließen. Besonders dieser Report beschäftigt sich mit drei Bereichen: (1) mit dem Profil und den Motivationen der PEP-Anhänger, (2) mit der Botschaft, die PEPs anbieten, und mit der Frage, in welchem Ausmaß die Bürger in Europa dafür empfänglich sind, sowie (3) mit möglichen Antwortstrategien.

18 R. Pankowski (2011), „Identity and Bigotry. Nationalist Populism and the Extreme Right in Contemporary Poland“, in: Langenbacher und Schellenberg (Hg.), *Is Europe on the „Right“ Path?*.

19 Rydgren, „Is Extreme Right-Wing Populism Contagious?“.

20 M. Minkenberg (2011), *The Radical Right in Europe. An Overview*, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 13.

21 R. Ford, „Britain under threat from neo-Nazi ‘lone wolves’“, in: *The Times*, 11. November 2009; Department of Homeland Security (2009), *Rightwing Extremism. Current Economic and Political Climate Fueling Resurgence in Radicalization and Recruitment*, Washington, DC: DHS, 7. April.

22 Die Workshops bezogen Referate von wissenschaftlichen Experten zu folgenden Fallbeispielen mit ein: Österreich (Prof. Kurt Richard Luther), Großbritannien (Dr. Matthew Goodwin), Bulgarien (Dr. Daniel Smilov), Finnland (Dr. Ann-Cathrine Jungar), Frankreich (Prof. Jocelyn Evans), Polen (Dr. Kai-Olaf Lang und Dr. Rafal Pankowski), Rumänien (Prof. Cosmina Tanasoiu), Serbien und Mazedonien (Dr. Zhidas Daskalovski), Slowakei (Grigori Mesežnikov), Schweden (Prof. Jens Rydgren), Schweiz (Prof. Damir Skenderovic), Ungarn (Prof. Renata Uitz), und zusätzliche Referate von Dr. Sarah de Lange und Dr. Pal Tamas (PEPs an der Macht).

Jeder dieser Bereiche geht auf eine Beobachtung hinsichtlich der populistischen extremistischen Parteien zurück. Die Erste ist, dass sie bereits einen Stamm an loyalen Anhängern rekrutiert haben. Diese Anhänger konzentrieren sich nicht einfach auf die sozial schwächsten oder am wenigsten gebildeten Regionen Europas, sondern sie befinden sich in etablierten Demokratien, wohlhabenden postindustriellen Gesellschaften und Ländern, die einen Sozialstaat von der Wiege bis zur Bahre bieten.²³ Während der 1990er- und frühen 2000er-Jahre konnte man sie in einigen der wirtschaftlich am besten abgesicherten Bevölkerungsgruppen der Welt ausfindig machen, die Zugang zu umfassenden Bildungssystemen hatten. Man hätte erwarten können, dass die Unterstützung für eine exkludierende Politik unter solchen Bedingungen eher ab- als schlagartig zunimmt, aber die Realität hat Anlass zu einer beträchtlichen Diskussion über den genauen Charakter dieser Anhänger gegeben. Sie werden oft als politische Protestler, Ein-Themen-Wähler oder „Verlierer der Globalisierung“ abgetan. Doch während die Klischees gedeihen, wurden wissenschaftliche Befunde zu den Merkmalen und Anliegen der PEP-Wähler weitgehend ignoriert. Gestützt auf diese Forschung, befasst sich Kapitel 2 mit folgenden Fragen: Wie sieht das Profil der PEP-Anhänger aus, und was sind ihre wichtigsten Motive dafür, die populistischen extremistischen Parteien zu unterstützen?

Die zweite Beobachtung betrifft die Botschaft, die PEPs anbieten und die Frage, ob es – über ihre *tatsächlichen* Wähler hinaus einen größeren Pool *potenzieller* Wähler gibt, die ebenfalls für die Botschaft empfänglich sind. Obwohl PEPs keiner einheitlichen Ideologie folgen, sind

ihnen doch zwei ideologische Hauptmerkmale gemeinsam. Kapitel 3 untersucht diese Merkmale und das Ausmaß, in welchem diese Parteien weitere Unterstützung auf dem ganzen Kontinent mobilisieren können.

Die dritte Beobachtung ist, dass PEPs außerdem wichtige Fragen hinsichtlich der Entwicklung der Parteiensysteme im modernen Europa aufwerfen. Wie andere bemerkt haben, haben PEPs in manchen Systemen einige der tiefgreifendsten Änderungen während der gesamten Nachkriegszeit erzwungen.²⁴ Sie haben dazu beigetragen, dass die Verbindungen zwischen den Bürgern und den Parteien der politischen Mitte ausgehöhlt wurden, und sie haben die Mitte-Rechts- und Mitte-Links-Parteien herausgefordert. Manche vertreten die Auffassung, ihr Aufstieg habe zu einer „Ansteckung von rechts“ geführt, indem sie moderate rechte Parteien dazu gebracht haben, sich eine zunehmend restriktive Haltung hinsichtlich Immigration und Integration zu eigen zu machen. Andere behaupten, sie hätten die Mitte-Links-Parteien vor eine „dreifache Herausforderung“ gestellt, dadurch dass sie (1) die Bildung von Mitte-Rechts-Regierungskoalitionen ermöglichen, (2) soziale und kulturelle Themen zunehmend hervorheben, bei denen die rechten Parteien besser abschneiden, und (3) Anklang bei sozialen Gruppen finden, die traditionell die linke Mitte unterstützt haben, etwa bei Arbeitern.²⁵ Trotz dieser Beobachtungen hat man allerdings der Frage, wie die Parteien der politischen Mitte und andere gesellschaftliche Akteure auf diese Herausforderung *antworten* könnten, bislang nur begrenzte Aufmerksamkeit gewidmet. Kapitel 4 versucht diese Lücke zu schließen, indem es sechs mögliche Antworten skizziert.

23 Norris, *Radical Right*, S. 4.

24 W. van der Brug, M. Fennema und J. Tillie (2005), „Why Some Anti-immigrant Parties Fail and Others Succeed. A Two-step Model of Aggregate Electoral Support“, in: *Comparative Political Studies*, 38, 5, S. 537–573, hier S. 538.

25 Bale u. a., „If You Can't Beat Them, Join Them?“, S. 410–426; ebenfalls Kitschelt mit McGann, *The Radical Right in Western Europe*; und Bale, „Cinderella and her Ugly Sisters“.

2. Wer unterstützt populistische extremistische Parteien und warum?

Es gibt verschiedene Ansichten darüber, wer PEPs wählt und warum. Ihre Anhänger werden häufig als politische Protestler, Ein-Themen-Wähler oder wirtschaftlich benachteiligte „Verlierer der Globalisierung“ aufgefasst. Andere vertreten den Ansatz der ethnischen Konkurrenz und interpretieren die Unterstützung für diese Parteien als Versuch, die Konkurrenz seitens der Immigranten zu reduzieren, wenn es um wirtschaftliche Ressourcen geht. Andere wiederum betrachten die Unterstützung für PEPs als eine Antwort auf das bei manchen Bürgern vorherrschende Gefühl, ihre nationale Kultur und Gemeinschaft werde durch Einwanderung und zunehmende ethnische und kulturelle Vielfalt bedroht. Diese Debatten ignorieren jedoch häufig die grundlegenden Befunde über Profil und Einstellungen dieser Bürger. Stattdessen gedeihen Klischees. Dieses Kapitel zieht wissenschaftliches Belegmaterial heran, um zu überprüfen, ob manche Gruppen in den europäischen Gesellschaften für populistische Extremisten empfänglicher sind als andere. Zu diesem Zweck werden die Merkmale und Einstellungen von PEP-Anhängern untersucht.

Das soziale Profil ihrer Anhänger

Die PEPs, die in ganz Europa aufgekommen sind, rekrutieren ihre Anhänger nicht gleichmäßig aus allen Gruppen der Gesellschaft. Stattdessen ist ihre Unterstützung fest in bestimmten sozialen Gruppen verankert, was sich in der Tatsache widerspiegelt, dass ihre Anhänger ein relativ eindeutiges Profil aufweisen. Trotz einiger Variationen (siehe unten), sind die Bürger, die bei Wahlen für PEPs stimmen, tendenziell Männer; sie sind entweder besonders jung oder besonders alt, haben keine oder nur wenige Bildungsabschlüsse, kommen aus der unteren Mittelschicht oder Arbeiterklasse und sind zutiefst pessimistisch hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Perspektiven. Die Unterstützung für diese Parteien ist am stärksten bei Angehörigen sozialer Gruppen, die wirtschaftlich gefährdet sind, hauptsächlich im Kleinbürgertum und in der Arbeiterklasse, und bei Bürgern, die weniger gebildet sind als der Durchschnittswähler.²⁶ Im Gegensatz dazu zeigt die vergleichende Forschung, dass die Unterstützung für den populistischen Extremismus in den Teilen der Mittelschicht, die wirtschaftlich abgesicherter und festangestellt sind, und bei Bürgern mit Hochschulbildung schwach ausgeprägt ist. Aufgrund ihrer größeren wirtschaftlichen Sicherheit, Bildung und Flexibilität fühlen sich diese Gruppen wahrscheinlich weniger durch Immigration und zunehmende Vielfalt sowie die Entstehung einer postindustriellen globalisierten Wirtschaft bedroht.

Die erfolgreichsten PEPs haben sowohl Anklang bei Angehörigen der unteren Mittelschicht, wie Handwerkern, Ladenbesitzern, Landwirten und Selbstständigen als auch bei gelernten und ungelernten Arbeiten gefunden. Es ist diese Koalition aus zwei Gruppen, die etlichen PEPs zur Macht auf nationaler Ebene verholfen hat. Beispielsweise wurde in den 1990er- und 2000er-Jahren das Profil der Wähler der Schweizerischen Volkspartei (SVP) in dem Maße vielfältiger, in dem die Partei Anhänger aus unterschiedlichen Gruppen mobilisierte. Auf der einen Seite gab

26 Norris, *Radical Right*, S. 139; auch M. Lubbers, M. Gijsberts und P. Scheepers (2002), „Extreme Right-Wing Voting in Western Europe“, in: *European Journal of Political Research*, 41, 3, S. 345–378; K. Arzheimer (2011), „Electoral Sociology. Who Votes for the Extreme Right and Why – and When?“, in: U. Backes und P. Moreau (Hg.) (2012), *The Extreme Right in Europe. Current Trends and Perspectives*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 30–50.

es ihre traditionelle Hauptbasis aus älteren Männern der Mittelschicht und selbstständig Erwerbstätigen aus ländlichen Regionen, auf der anderen Seite die Arbeiter und bildungsschwache Bürger aus den städtischen Gebieten.²⁷ Ein ähnliches Bild zeichnet sich in Frankreich ab, wo der FN Unterstützung aus den meisten Altersgruppen erhielt,

während er sich eine Wählerschaft aufbaute, die sowohl aus dem *Kleinbürgertum* als auch aus Arbeitern besteht (siehe Kasten 1). Tatsächlich erwies sich der FN unter Jean-Marie Le Pen als so effektiv in der Mobilisierung von Arbeitern, dass er die Mitte-Links-Parteien übertraf und zur beliebtesten Partei der Arbeiterklasse wurde.

Kasten 1: Soziologie der Front-National-Wähler in Frankreich, 2002–2011

(%)	Präsidentswahlen 2002	Präsidentswahlen 2007	Präsidentswahlen 2012 (Umfrage, Juli 2011)	
	JM Le Pen 1. Wahlgang	JM Le Pen 1. Wahlgang	M Le Pen 1. Wahlgang	
Gesamt	17	10		20
Geschlecht				
Männer	21	14		20
Frauen	13	7		20
Alter				
18–24	16	8	18–24	17
25–34	17	16	24–34	20
35–44	16	11	35–49	29
45–59	19	11	50–64	21
60–69	18	8	65+	11
70+	15	7		
Beruf				
Landwirte	20	20		KA
Handwerker und Kaufleute	19	15		27
Freie Berufe und höhere Angestellte	8	4		16
Angestellte	14	6		16
Angestellte (Routinetätigkeiten)	16	14		26
Arbeiter	30	24		44
Sektor				
Im Privatsektor Beschäftigte	17	12		27
Im öffentlichen Sektor Beschäftigte	17	12		26
Selbstständige	17	20		16
Rentner	16	9		11
Bildungsabschluss				
Primär/mittel	22	13		KA
Sekundär	22	10		KA
Tertiär	8	7		KA

Anmerkung: Die Umfrage von 2011 für die Präsidentswahlen 2012 geht davon aus, dass François Hollande für die Sozialistische Partei kandidiert.
Quellen: IPSOS-Vizzavi-Le Figaro-France 2, 21. April, 5. Mai und 9. Juni 2002; IPSOS-Dell-Europe 1-Le Point-20 minutes, 22. April 2007; IPSOS-Dell-Europe 1-Le Point-20 minutes, 10. Juni 2007; IFOP-France Soir, 21. Juli 2011; Prof. Jocelyn Evans (Workshop in London).

27 D. Skenderovic (2011), „Transformations and ‚Direct‘ Success on the Right-Wing Fringe. Switzerland as a Model for Europe?“, in: Langenbacher and Schellenberg (Hg.), *Is Europe on the „Right“ Path?*, S. 159–179.

Meinungsumfragen von 2011 deuten darauf hin, dass die Anziehungskraft des FN bei Arbeitern weiterhin besteht: Wenn morgen Präsidentschaftswahlen stattfänden, würde Marine Le Pen (Jean-Maries Tochter und Nachfolgerin als Parteivorsitzende) 44 Prozent der Arbeiter für sich gewinnen.²⁸

Wie wichtig die Unterstützung durch die Arbeiter ist, wird durch andere Beispiele unterstrichen. In Dänemark ist der „typische“ Anhänger der Dänischen Volkspartei (DF) männlich und Arbeiter mit einer geringen Bildung. Ähnlich wie der französische FN hat die DF zwischen 2001 und 2007 die meiste Unterstützung bei den Arbeitern rekrutiert und wurde zu der Partei der Arbeiterklasse, eine Verschiebung, die vor allem auf Kosten der Sozialdemokraten, der traditionellen Arbeiterpartei, ging.²⁹ Ganz allgemein hat sich gezeigt, dass Arbeiter in Österreich die PEPs wahrscheinlich doppelt so häufig unterstützen wie die Wähler der Mittelschicht, in Belgien und Frankreich wahrscheinlich dreimal häufiger und in Norwegen wahrscheinlich viermal so häufig.³⁰

Dieser Befund verdeutlicht, wie geschickt sich PEPs darin erwiesen haben, die weitreichenden sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen zu ihrem Vorteil zu nutzen. Dabei haben die erfolgreichsten ein klassenübergreifendes Profil entwickelt. Sie haben die wirtschaftlich gefährdete untere Mittelschicht angesprochen, während sie sich gleichzeitig an die Arbeiter und Angestellten gewandt haben, die sich durch Immigration und zunehmende Vielfalt bedroht fühlen (siehe unten).³¹ Es gibt jedoch ein paar Ausnahmen. Das oben beschriebene Profil der Anhänger steht im scharfen Kontrast zu Fällen wie Großbritannien, wo eine Partei, die unverhohlen in der Neonazi-Tradition wurzelt – die British National Party (BNP) – es versäumt hat, ihre Anziehungskraft auf die untere Mittelschicht auszudehnen. Stattdessen ist die toxische BNP sehr von einer Basis „aufgebrachter

weißer Männer“ abhängig geworden: älteren Männern der Arbeiterklasse, denen ein Bildungsabschluss fehlt und die hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Perspektive zutiefst pessimistisch sind.³² Im Gegensatz dazu waren Teile der wirtschaftlich mehr gefährdeten Mittelschicht bisher anscheinend größtenteils nicht an dieser toxischen Sorte von Partei interessiert.

Nichtsdestotrotz stellt die Tatsache, dass PEP-Wähler ein relativ eindeutiges Profil gemeinsam ist, die herkömmliche Auffassung infrage, dass sie einfach Protestwähler sind beziehungsweise dass sie eine Unterschicht aus ökonomisch bedrohten Arbeitern repräsentieren. Ein Politikwissenschaftler hat auf Folgendes hingewiesen:

Dieses klassenübergreifende Bündnis bedeutet, dass wir hinsichtlich der Vorstellung, der Aufstieg der radikalen Rechten sei bloß ein Phänomen der politischen Ressentiments in der innerstädtischen Unterschicht aus gering qualifizierten Arbeitern oder mechanisch der wachsenden Arbeitslosigkeit und der zunehmenden Gefährdung der Arbeitsplätze in Europa zuzuschreiben, skeptisch sein sollten. Das sozioökonomische Profil ist komplexer als die gängigen Klischees nahelegen.³³

Um die Motive, die diese Anhänger bewegen, besser verstehen zu können, ist es notwendig, ihre Einstellungen zu untersuchen.

Die Einstellungen ihrer Anhänger

Erklärungsversuche, *warum* sich Bürger hinter diese Parteien stellen, heben oft den politischen Protest hervor. Es wird argumentiert, dass diese Parteien Bürger mobilisieren, die mit dem politischen System unzufrieden sind und den Eliten der politischen Mitte misstrauen. Dieses „Protest-

28 IFOP für France-Soir, „Les intentions de vote pour l’élection présidentielle de 2012“, 21. Juli 2011, http://www.ifop.com/media/poll/1577-1-study_file.pdf.

29 Überblicke über die dänischen Wahlen, 1994–2007. Siehe auch S. Meret (2011), „From the Margins to the Mainstream? The Development of the Radical Right in Denmark“, in: Langenbacher und Schellenberg (Hg.), *Is Europe on the „Right“ Path?*.

30 D. Oesch (2008), „Explaining Workers’ Support for Right-Wing Populist Parties in Western Europe. Evidence from Austria, Belgium, France, Norway and Switzerland“, in: *International Political Science Review*, 29, 3, S. 349–373.

31 J. A. J. Evans (2005), „The Dynamics of Social Change in Radical Right-Wing Populist Party Support“, in: *Comparative European Politics*, 3, S. 76–101.

32 Ford und Goodwin, „Angry White Men“.

33 Norris, *Radical Right*, S. 257.

Modell“ beinhaltet zwei Implikationen: (1) PEP-Wähler reagieren in erster Linie negativ auf die etablierten Parteien der politischen Mitte und sind nicht durch ideologische oder zweckdienliche Prioritäten angetrieben, und (2) PEPs sind ein Nebenprodukt der Politikverdrossenheit der Öffentlichkeit und werden verschwinden, wenn die diesem Protest zugrunde liegende Ursache behoben wird.

Dieses Protest-Modell wird jedoch nicht durch überzeugendes Beweismaterial gestützt.³⁴ Die Tatsache, dass sich die Unterstützung für PEPs vorwiegend in bestimmten sozialen Gruppen konzentriert, ist eine Warnung davor, diese Parteien nur als Nebenprodukte des politischen Protests aufzufassen. Wenn diese Parteien Protestparteien wären, dann wäre das Profil ihrer Anhänger vielfältiger, wenn man, wie oben angemerkt, davon ausgeht, dass Protestgefühle breiter über die ganze Gesellschaft verteilt sind. Damit soll nicht geleugnet werden, dass PEP-Wähler politisch unzufrieden sind. Die Anhänger dieser Parteien bringen durchweg eine extrem hohe Unzufriedenheit mit den politischen Eliten zum Ausdruck und tendieren mehr als andere Wähler dazu, politischen Institutionen zu misstrauen. Doch dies sind nicht die wichtigsten Motive dafür, sich den PEPs zuzuwenden.

In ganz Europa gibt es inzwischen eine Fülle von wissenschaftlichem Belegmaterial dafür, dass eine ablehnende Haltung oder Einstellung gegenüber Immigration der stärkste Prädiktor für die Unterstützung der populistischen Parteien ist. Bürger, die PEPs bei Wahlen unterstützen, sind wegen der Immigration und ihrer Auswirkungen hochgradig besorgt: Sie möchten entweder, dass die Einwanderung gestoppt oder die Anzahl der Immigranten drastisch reduziert wird.

Dass die immigrantenfeindliche Haltung von entscheidender Bedeutung ist, um die Unterstützung für die PEPs erklären zu können, ist in zahlreichen Untersuchungen dargelegt worden. Beispielsweise gibt es eine vergleichende Studie, die sich auf den European Social Survey stützt. Sie fand heraus, dass negative Einstellungen gegenüber

Immigranten, Flüchtlingen und Multikulturalismus die stärksten Prädiktoren für die Unterstützung von PEPs sind. Das ist auch nach der Inbetrachtnahme sozialer Merkmale der Befragten der Fall. Die Studie kam zu der Schlussfolgerung, dass die Unterstützung der PEPs

üblicherweise stärker bei Leuten war, die glaubten, dass Immigranten eine wirtschaftliche Bedrohung seien, da sie Arbeitsplätze wegnehmen oder die Löhne drücken, dass die nationale Kultur durch Ausländer unterminiert werde oder dass es eine restriktive Politik gegenüber Flüchtlingen geben solle.³⁵

Andere Forschungen, die sich auf den European Social Survey stützen, kommen zu ähnlichen Schlussfolgerungen, nämlich dass die Anhänger dieser Parteien vor allem die Einwanderung reduziert sehen möchten. Verglichen mit anderen Bürgern sagten PEP-Wähler mit signifikant höherer Wahrscheinlichkeit, dass ihr Land nur wenige Immigranten akzeptieren sollte: In Österreich 93 Prozent der PEP-Wähler (im Vergleich zu 64 Prozent insgesamt); in Dänemark 89 Prozent (44 Prozent); in Frankreich 82 Prozent (44 Prozent); in Belgien 76 Prozent (41 Prozent); in Norwegen 70 Prozent (63 Prozent) und in den Niederlanden 63 Prozent (39 Prozent). In der Tat sprachen sich nur weniger als 2,5 Prozent der PEP-Wähler in sechs Ländern für mehr Immigration aus.³⁶ Analysen anderer Umfragen haben ähnliche Befunde ergeben: In Norwegen bewertete die große Mehrheit der Bürger, die auch die FrP unterstützten, die Immigration als eines der wichtigsten Probleme, mit dem das Land konfrontiert sei; in Großbritannien beurteilten die BNP-Wähler auf ähnliche Weise die Einwanderung als die bei weitem wichtigste Aufgabe, vor der das Land stehe; und in Dänemark haben seit den 1990er-Jahren mehr als 70 Prozent der DF-Wähler immer wieder ihrer Auffassung Ausdruck verliehen, dass die Immigration ihre nationale Kultur bedrohe.³⁷

34 Siehe besonders W. van der Brug, M. Fennema und J. Tillie (2000), „Anti-Immigrant Parties in Europe. Ideological or Protest Vote?“, in: *European Journal of Political Research*, 37, 1, S. 77–102; W. van der Brug und M. Fennema (2003), „Protest or Mainstream? How the European Anti-Immigrant Parties Developed into Two Separate Groups by 1999“, in: *European Journal of Political Research*, 42, 1, S. 55–76.

35 Norris, *Radical Right*, S. 260.

36 J. Rydgren (2008), „Immigration Sceptics, Xenophobes or Racists? Radical Right-Wing Voting in Six West European Countries“, in: *European Journal of Political Research*, 47, S. 737–765, hier S. 740.

37 Meret, „From the Margins to the Mainstream?“, Ford und Goodwin, „Angry White Men“.

Geht man davon aus, dass sich PEP-Kampagnen stark auf die Immigration konzentrieren, ist es vielleicht nicht überraschend, dass bei PEP-Wählern diesbezügliche Sorgen dominieren. Weniger eindeutig ist jedoch, was die Beweggründe für diese Sorgen sind. Spiegeln PEPs das Fortbestehen des Rassismus in den europäischen Gesellschaften wider? Oder sind sie ein Nebenprodukt des Skeptizismus einer breiteren Öffentlichkeit im Hinblick auf die Immigration? Und bis zu welchem Grad entstammen die Sorgen ihrer Wähler tatsächlichen oder empfundenen Gruppenkonflikten bezüglich wirtschaftlicher und sozialer Ressourcen (d. h. Arbeitsplätze, Wohnungsfragen usw.) oder Konflikten hinsichtlich nationaler Kulturen und Identitäten?

Ein Ansatz zur Beantwortung dieser Fragen untersuchte die Bedenken der PEP-Wähler in Belgien, Dänemark, Frankreich, den Niederlanden, Norwegen und Österreich.³⁸ Die Studie versuchte herauszufinden, welche Arten von immigrantenfeindlichen Einstellungen der Unterstützung für diese Parteien zugrunde liegen. Die Bürger wurden in drei Kategorien eingeteilt: *Einwanderungsskeptiker*, die gegen die Immigration sind und nur wenige Immigranten wollen; *Fremdenfeinde*, die es ablehnen, einen Vorgesetzten mit Migrationshintergrund zu haben, oder die dagegen sind, dass ein Verwandter einen Immigranten heiratet; und *Rassisten*, die den schärfsten Vorurteilen zustimmen, etwa nur die Immigration von Weißen zuzulassen. Die Untersuchung fand heraus, dass statt des traditionellen Rassismus der Widerstand gegen die Immigration oder die Bereitschaft, nur wenige Immigranten zu akzeptieren, die besseren Prädiktoren dafür waren, wer die PEPs unterstützen würde. Das spricht dafür, dass PEPs hauptsächlich Bürger mobilisieren, die gegenwärtige Einwanderungszahlen als zu hoch empfinden, und die mit der bestehenden Einwanderungspolitik unzufriedener sind als die Mehrheit der Bürger. Die Studie fand außerdem heraus, dass die wirkungsvollsten PEP-Kampagnen diejenigen waren, die Immigranten mit

Kriminalität in Verbindung brachten und sie eher als kulturelle denn als wirtschaftliche Bedrohung hinstellten. In allen sechs Ländern war die Bereitschaft populistische Extremisten zu unterstützen bedeutsam höher unter Bürgern, die glaubten, Immigranten würden die Kriminalität verschlimmern und die nationale Kultur bedrohen.³⁹ Doch haben noch nicht alle diese Parteien ihr volles Potenzial erschlossen. Eine ähnliche Studie in Großbritannien zeigte, dass die BNP weniger Anklang bei vielen Einwanderungsskeptikern fand, sondern dass sich die Partei stattdessen auf Unterstützung von sehr wenigen traditionellen Rassisten beschränkt.⁴⁰

Zusätzlich stellt sich die Frage, warum sich PEPs als so attraktiv für gelernte und ungelernte Arbeiter erwiesen haben. Versuche, dies zu erklären, bringen drei konkurrierende Argumente vor: (1) Die Arbeiter reagieren auf das Gefühl *wirtschaftlicher* Bedrohung, das durch unsichere Perspektiven und die Angst vor Lohndruck aufgrund der Einwanderung hervorgerufen wird; (2) sie werden stärker durch das Gefühl *kultureller* Bedrohung und die Auffassung angetrieben, dass Immigration die nationale Identität bedrohe; oder (3) sie haben sich *von der Gesellschaft entfremdet* und wenden sich den PEPs zu, um ihre Unzufriedenheit mit den etablierten politischen Wegen zum Ausdruck zu bringen.⁴¹ In Übereinstimmung mit den oben erwähnten Befunden waren für Arbeiter in allen fünf Ländern Gefühle kultureller Bedrohung und der Wunsch, ihre nationale Identität zu verteidigen, stärkere Motive als wirtschaftliche Missstände: Der entscheidende Faktor war nicht, dass Immigranten ihren Arbeitsplatz oder ihr Einkommen bedrohten, sondern dass die nationalen Kulturen und Gemeinschaften als bedroht empfunden wurden. Das legte die Schlussfolgerung nahe, dass „kulturelle Fragen der Identität wichtiger sind als Fragen ökonomischer Ressourcen“.⁴²

In der Welt der populistischen Extremisten werden diese Fragen der Kultur und Identität zunehmend mit einem negativen Bild des Islams und von Muslimen

38 Rydgren, „Immigration Sceptics, Xenophobes or Racists?“.

39 Ebd.

40 D. Cutts, R. Ford und M. J. Goodwin (2011), „Anti-Immigrant, Politically Disaffected or Still Racist After All? Examining the Attitudinal Drivers of Extreme Right Support in Britain in the 2009 European Elections“, in: *European Journal of Political Research*, 50, 3, S. 418–440.

41 Oesch, „Explaining Workers' Support for Right-Wing Populist Parties in Western Europe“.

42 Ebd., S. 370.

in Verbindung gebracht. Die wachsende Bedeutung der antimuslimischen Stimmung als treibende Kraft für die Unterstützung der PEPs spiegelt sich im Profil der Einstellungen ihrer Anhänger wider. In Ländern wie etwa Großbritannien hat sich gezeigt, dass in Gebieten nahe großer muslimischer Gemeinschaften, rassistisch motivierte Feindseligkeit tendenziell höher ist als andersorts.⁴³ Es gibt auch Belege dafür, dass die Unterstützung für PEPs in Gebieten höher ist, in deren Nähe sich große muslimische Gemeinschaften befinden, die aus Bangladesch oder Pakistan kommen, wohingegen die Unterstützung durchschnittlich tendenziell *niedriger* in solchen Gebieten ausfällt, in denen es eine große Anzahl schwarzer Briten oder nichtmuslimischer Asiaten gibt.⁴⁴ Ähnliche Befunde zeichnen sich in Belgien ab, wo sich gezeigt hat, dass die Unterstützung für PEPs positiv mit der Präsenz großer muslimischer Gemeinschaften korreliert (ein Zusammenhang, der sich für die Präsenz anderer Minderheiten nicht herstellen lässt).⁴⁵

Tabelle 1: Einstellungen der BNP-Wähler

	BNP	Gesamt
Arbeitgeber sollten Weiße bevorzugen	47	12
Nichtweiße sind nicht wirklich britisch	45	11
Schwarze sind geistig unterlegen	31	13
Kein Nutzen durch Immigration	82	35
Immigration ist das wichtigste Problem	88	46
Kein wirtschaftlicher Nutzen durch Immigration	85	44
Immigranten sollten das Land verlassen	72	24
Immigration sollte gestoppt werden	95	55
Der Islam ist eine Gefahr für die westliche Zivilisation	81	42

Quelle: D. Cutts, R. Ford und M. J. Goodwin (2011), „Anti-Immigrant, Politically Disaffected or Still Racist After All? Examining the Attitudinal Drivers of Extreme Right Support in Britain in the 2009 European Elections“, in: *European Journal of Political Research*, 50, 3, S. 418–440.

Die zunehmende Bedeutung der antimuslimischen Stimmung spiegelt sich auch in Befragungen einzelner Wähler wider. In Dänemark zum Beispiel haben PEP-Wähler dieser Minderheit gegenüber eine zunehmend ablehnende Haltung eingenommen: 1994 pflichteten 35 Prozent der dänischen PEP-Wähler der Auffassung bei, Muslime würden die nationale Sicherheit bedrohen; 2007 war diese Zahl auf 81 Prozent gestiegen (gegenüber 21 Prozent aller Wähler).⁴⁶

Während die PEP-Anhänger in Großbritannien ebenfalls eher als andere Wähler bereit sind, immigrantenfeindliche Äußerungen gutzuhießen, sind sie auch mit zweimal höherer Wahrscheinlichkeit bereit, den Islam als Gefahr für die westliche Zivilisation zu betrachten (siehe Tabelle 1).

Fazit

Europäische PEPs erhalten keine Unterstützung aus der ganzen Gesellschaft und sind weit davon entfernt, „Volks“-Parteien zu sein. Ihren Anhängern ist ein eindeutiges Profil gemeinsam, welches zeigt, dass die Stärke der PEPs sich schwerpunktmäßig bei bestimmten sozialen Gruppen konzentriert: bei der unteren Mittelschicht und bei gelernten oder ungelernten Männern der Arbeiterklasse, bei Bürgern, denen formale Qualifikationen fehlen und die wirtschaftlich gefährdet sind. Diese sind weder einfach nur Protestwähler, noch sollten sie lediglich als Verlierer der Globalisierung abgetan werden. Stattdessen handelt es sich um eine ideologisch motivierte Gruppe, die durch klare politische Ziele geleitet ist: Diese Wähler sind hochgradig besorgt wegen der Einwanderung und zunehmender ethnischer und kultureller Vielfalt, und sie fühlen sich durch Immigranten und Muslime bedroht. Diese Gefühle der Bedrohung sind nicht einfach nur auf wirtschaftliche Missstände, etwa Konkurrenz um mangelnde Arbeitsplätze und Sozialwohnungen, zurückzuführen. Genauer betrachtet, scheinen sie auf die Vorstellung zurückzuführen zu sein, dass Immigranten, Minderheiten und zunehmende kulturelle Vielfalt die nationale Kultur, Gemeinschaft und Lebensweise bedrohen.

43 B. T. Bowyer (2009), „The Contextual Determinants of Whites' Racial Attitudes in England“, in: *British Journal of Political Science*, 39, S. 559–586.

44 Ford und Goodwin, „Angry White Men“.

45 H. Coffé, B. Heyndels und J. Vermeir (2007), „Fertile Grounds for Extreme Right-Wing Parties. Explaining the Vlaams Blok's Electoral Success“, in: *Electoral Studies*, 26, S. 142–155.

46 Meret, „From the Margins to the Mainstream?“.

3. Die populistische extremistische Botschaft und ihr Potenzial

Populistische extremistische Parteien bieten europäischen Bürgern eine Reihe eindeutiger Konzepte und Strategien an. Die Ähnlichkeiten zwischen ihnen spiegeln ihre grundlegenden ideologischen Hauptmerkmale wider. Diese Merkmale genau zu bestimmen, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, ein besseres Verständnis für diese Parteien und langfristig eine wirkungsvollere Antwort entwickeln zu können. Doch statt die ideologische Botschaft isoliert zu betrachten, behandelt dieses Kapitel auch die Frage, in welchem Umfang Bürger potenziell dafür empfänglich sind. Durch die Untersuchung der Einstellungen der Öffentlichkeit zu Immigration, muslimischen Gemeinschaften und des Grads an politischer Unzufriedenheit zeigt es, wie PEPs in einem für sie günstigen Klima agieren. Statt auf eine Randgruppe begrenzt zu sein, scheint die Unterstützung für einige ihrer Kernideen in allen europäischen Gesellschaften relativ weit verbreitet zu sein. Dieses Kapitel betrachtet zunächst die Hauptaspekte der PEP-Botschaft und stützt sich dann auf jüngste Umfragedaten, um zu untersuchen, ob diese Parteien innerhalb eines größeren potenziellen Wählerreservoirs agieren.

Die ideologische Botschaft

Es gibt eine beträchtliche Diskussion darüber, wie man PEPs definieren soll. Sie scheinen einander ähnlich zu sein, wobei sie in gewisser Weise „gleich“ wirken, „aber dennoch verschieden“ sind: Während einige ihre Wurzeln ausdrücklich in faschistischen und antidemokratischen Strömungen haben, fordern andere mehr Demokratie und den Schutz der Rechte des Einzelnen; während einige den freien Markt unterstützen, verfechten andere wirtschaftliche Autarkie und Nationalisierung; und während einige Immigranten und Muslime im Visier haben, setzen PEPs in Zentral- und Osteuropa mehr Energie ein, um die ablehnende Haltung der Öffentlichkeit gegenüber Juden, Roma und der Europäischen Union (EU) zu mobilisieren.

Diese Varianten haben Analytiker dazu veranlasst, zwischen verschiedenen „Typen“ von PEPs zu differenzieren. Manche unterscheiden klar zwischen PEPs, die noch mit dem Faschismus der Zwischenkriegszeit verbunden sind, und solchen, die sich von dieser Tradition fernhalten. Andere unterteilen PEPs auf der Basis ihrer Einstellungen zu Immigration, Wirtschaftspolitik und zur liberalen repräsentativen Demokratie. Diese Parteien werden dann in fünf „Subtypen“ gegliedert: Neonazis, Neofaschisten, autoritäre Fremdenfeinde, neoliberale Fremdenfeinde und neoliberale Populisten. Wieder andere unterteilen sie danach, ob sie rassistisch, ethnozentristisch, faschistisch, populistisch-autoritär, oder religiös-fundamentalistisch sind.⁴⁷

Diese Unterschiede sind wichtig, aber im Wesentlichen haben PEPs zwei gemeinsame Hauptmerkmale: Sie lehnen das Prinzip der Gleichheit aller Menschen ab und nehmen daher eine ablehnende Haltung gegenüber Immigranten, Minderheiten und zunehmender ethnischer und kultureller Vielfalt ein, und sie hängen einer populistischen Antiestablishment-Strategie an. Was den ersten Punkt angeht, werden PEPs gewöhnlich mit der Einwanderungsdebatte assoziiert. In der Tat kam eine groß angelegte Studie zu dem Schluss, dass „die Beschwerde

47 Carter, *The Extreme Right in Western Europe*. Zum Unterschied zwischen alten und neuen Parteien siehe zum Beispiel P. Ignazi (2003), *Extreme Right Parties in Western Europe*, Oxford: Oxford University Press.

über die Immigration das einzige Thema ist, das alle erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien verbindet“.⁴⁸ Die starke Beschäftigung mit diesem Thema hat dazu geführt, dass manche PEPs als „immigrantenfeindliche Parteien“ definieren, wobei davon ausgegangen wird, dass Immigration ihr Hauptanliegen ist oder von anderen Parteien dafür gehalten wird.⁴⁹ Zwei Punkte warnen jedoch davor, sich diese restriktive Betrachtungsweise zu eigen zu machen.

Der Erste ist, dass PEPs vor allem nach dem 11. September 2001 ihre immigrantenfeindlichen Kampagnen erweitert haben, um eine speziellere Form der Feindseligkeit gegenüber ansässigen muslimischen Gemeinschaften miteinzuschließen. Muslime werden als eindeutige kulturelle Bedrohung für die europäischen Gesellschaften dargestellt und als Gemeinschaften, die sich Werten verschrieben haben, die mit der westlichen liberalen Demokratie nicht kompatibel sind. Der zweite Punkt ist Folgender: Während PEPs mit Sicherheit „immigrantenfeindlich“ sind, trifft diese Beschreibung weniger auf die zentral- und osteuropäischen Länder zu, die eine andere Erfahrung mit der Immigration gemacht haben. Im Großen und Ganzen ist dieses Thema in diesen Regionen bisher weniger hervorstechend gewesen, und obwohl die PEPs dort ebenfalls eine rechtsnationale Ideologie verfechten, haben sie mehr Aufwand der Mobilisierung antisemitischer und romafeindlicher Gefühle gewidmet.⁵⁰

Diese Unterschiede haben manche dazu veranlasst, ideologische Merkmale hervorzuheben, die man in allen europäischen Regionen finden kann, etwa den Nativismus, „der daran festhält, dass Staaten ausschließlich von den Einheimischen („der Nation“) bewohnt werden sollten und dass nichteinheimische Elemente (Personen und Vorstellungen) den homogenen Nationalstaat fundamental bedrohen“.⁵¹ Während die Ziele nativistischer

Kampagnen von Land zu Land variieren, sind sich PEPs darin einig, dass Minderheiten in irgendeiner Weise die Mehrheit bedrohen. Der politische Soziologe Jens Rydgren hat ebenfalls die Auffassung vertreten, dass diesen Parteien im Kern eine „ethnonationalistische Fremdenfeindlichkeit“ gemeinsam ist, die mit einem Antiestablishment-Populismus kombiniert ist. PEPs sind ethnonationalistisch und fremdenfeindlich, weil sie danach streben, die Nation zu stärken, indem sie sie ethnisch homogener machen, und weil sie danach streben, zu traditionellen Werten zurückzukehren und die „bedrohlichen“ Gruppen aus der Gesellschaft zu entfernen.⁵² Dieser Anschauung liegt eine entschiedene Ablehnung des Prinzips der Gleichheit aller Menschen zugrunde, ein charakteristisches Merkmal, dass diese rechten Parteien von ihren linksextremistischen Kontrahenten unterscheidet. Dies führt dazu, dass einige (aber nicht alle) PEPs die Bedeutung der ursprünglichen Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe betonen und die Unterschiede zwischen Gruppen (d. h. ihre Intelligenz oder ihre Neigung, kriminelle Taten zu begehen) auf die Abstammung und Rasse zurückführen.

Während alle PEPs die Gleichheit aller Menschen ablehnen, unterstützen manche außerdem eine schärfere Form des *biologischen* Rassismus, der wohl stärker in Zentral- und Osteuropa verbreitet ist. Aus dieser Perspektive werden Minderheiten nicht nur als bedrohlich, sondern auch als biologisch minderwertig im Vergleich zur Mehrheit betrachtet. Der Widerstand gegen diese Gruppen wird auf der Basis formuliert, die Rassenreinheit der Mehrheit schützen zu wollen, eine primitive Form des Rassismus, die oft mit antisemitischen Behauptungen verbunden ist, etwa dass von Juden geführte Geheimbünde die internationalen Beziehungen kontrollieren oder dass die Ereignisse des Holocausts übertrieben worden seien.

48 E. Ivarsson (2010), „What Unites Right-Wing Populists in Western Europe? Re-Examining Grievance Mobilisation Models in Seven Successful Cases“, in: *Comparative Political Studies*, 41, S. 3–23, hier S. 3.

49 M. Fennema (1997), „Some Conceptual Issues and Problems in the Comparison of Anti-Immigrant Parties in Western Europe“, in: *Party Politics*, 3, 4, S. 473–492.

50 W. van der Brug und M. Fennema, „The Support Base of Radical Right Parties in the Enlarged European Union“, Arbeitspapier für das EES-Frühjahrstreffen 2006 über „The European Parliament Election of 2004“, Lissabon, 11–14 Mai 2006.

51 C. Mudde (2011), „The Populist Radical Right: A Pathological Normalcy“, in: *West European Politics*, 33, 6, S. 1167–1186.

52 J. Rydgren (2007), „The Sociology of the Radical Right“, in: *Annual Review of Sociology*, 33, S. 241–262; siehe auch Rydgren, „Is Extreme Right-Wing Populism Contagious?“.

Dieser biologische Rassismus wird in der europäischen Bevölkerung jedoch gesellschaftlich zunehmend inakzeptabel.⁵³ Folglich haben sich die erfolgreichsten Parteien aus diesem Diskurs herausgehalten und stellen Minderheiten lieber als eine kulturelle denn als rassische Bedrohung dar.⁵⁴ Obwohl PEPs im engsten Kreis ihrer Anhänger („hinter den Kulissen“) immer noch einen biologischen Rassismus zur Schau stellen mögen, werden diese Argumente beim Werben um Stimmen („im Rampenlicht“) zugunsten von Behauptungen heruntergespielt, Minderheiten seien eine kulturelle Bedrohung und mit westlichen Werten und Gesellschaften nicht kompatibel.

Diese Argumente konzentrieren sich nicht einfach auf wirtschaftliche Missstände. Jüngste Forschungen haben gezeigt, dass PEPs Minderheiten in mehrfacher Weise als bedrohlich darstellen, und zwar (1) als Bedrohung der nationalen Identität, (2) als Bedrohung der Gesellschaftsordnung, (3) als Bedrohung der wirtschaftlichen Stabilität und (4) als Belastung für die öffentliche Verwaltung und den Sozialstaat.⁵⁵ Besonders betont wird jedoch die Bedrohung, die Immigranten und Minderheiten für die nationale Kultur, die nationale Gemeinschaft und Lebensweise darstellen. Ein Beispiel ist Norwegen, wo PEPs ihren Widerstand gegen die Immigration in den 1980er-Jahren auf typische Weise entlang wirtschaftlicher Gesichtspunkte formuliert haben. In den letzten Jahren hat dieser Diskurs jedoch zunehmend eine kulturelle Dimension miteinbezogen.⁵⁶

Das zweite Hauptmerkmal dieser Parteien ist ihre populistische Anti-Establishment-Strategie. Wenige PEPs fordern den Sturz der Demokratie, aber die meisten hängen einer populistischen Strategie an, die die Säulen der liberalen Demokratie und der pluralistischen Gesellschaften

untergräbt. Die Parteien der politischen Mitte werden in einen Topf geworfen und so dargestellt, als seien sie eine einzige „korrupte“ und „realitätsfremde“ Elite und „alle gleich“. Sie werden dafür angegriffen, dass sie sich auf „obsolete Themen konzentrieren, während sie gleichzeitig politische Angelegenheiten ausklammern, die mit dem wahren Konflikt zwischen nationaler Identität und Multikulturalismus zusammenhängen“.⁵⁷ Im Gegensatz dazu stellen sich die PEPs selbst als Außenseiter im Parteiensystem dar, als Underdog-Parteien, die die wahre Stimme der „schweigenden Mehrheit“ repräsentieren, und als die einzigen Organisationen, die bereit sind, sensible Themen wie Immigration und die Integration von Muslimen anzusprechen. Diese populistische Strategie spaltet Themen in Gut und Böse auf, und versucht bei sensiblen Angelegenheiten wie Asyl und Integration, die Mehrheit gegen die Minderheit in Stellung zu bringen. Sie ist zudem bestrebt, Meinungsverschiedenheiten und abweichende Stimmen zu unterdrücken, und untergräbt dadurch die Vorstellungen von Verhandeln und Kompromiss, die integraler Bestandteil pluralistischer und demokratischer Gesellschaften sind.⁵⁸

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Dadurch dass die PEPs von einem primitiven biologischen Rassismus und einer offen antidemokratischen Haltung abgerückt sind, zielen die erfolgreichsten unter ihnen auf Bürger, die wegen der Immigration, kulturell verschiedener Minderheitengemeinschaften und zunehmender kultureller Vielfalt besorgt sind und die außerdem unzufrieden mit der Leistung der Hauptparteien und den vorhandenen politischen Optionen sind. Aber in welchem Ausmaß sind Bürger in ganz Europa potenziell empfänglich für diese Botschaft?

53 Siehe R. Ford (2008), „Is Racial Prejudice Declining in Britain“, in: *British Journal of Sociology*, 59, 4, S. 609–636.

54 Carter, *The Extreme Right in Europe. Success or Failure?*; A. Cole (2005), „Old Right or New Right? The Ideological Positioning of Parties of the Far Right“, in: *European Journal of Political Research*, 44, 1, S. 203–230; M. Golder (2003), „Explaining Variation in the Success of Extreme Right Parties in Western Europe“, in: *Comparative Political Studies*, 36, 4, S. 432–466; Kitschelt mit McGann, *The Radical Right in Western Europe*.

55 J. Rydgren (2003), „Meso Level Reasons for Racism and Xenophobia. Some Converging and Diverging Effects of Radical Right Populism in France and Sweden“, in: *European Journal of Social Theory*, 6, 1, S. 45–68; A. Zaslove (2004), „The Dark Side of European Politics. Unmasking the Radical Right“, in: *European Integration*, 26, 1, S. 61–81. Die aktiveren Anhänger der PEPs gehen weiter und erklären ihr Engagement als Versuch, ihre größere Gruppe vor drohender rassistischer Auslöschung schützen zu wollen. Siehe B. Klandermans und N. Mayer (Hg.) (2005), *Through the Magnifying Glass. Extreme Right Activists in Western Europe*, London & New York: Routledge; auch Goodwin, *New British Fascism. Rise of the British National Party*.

56 T. Bjorklund (2011), „The Radical Right in Norway: The Development of the Progress Party“, in: Langenbacher und Schellenberg, *Is Europe on the „Right“ Path?*

57 Rydgren, „The Sociology of the Radical Right“, S. 246. Zum Populismus siehe P. Taggart (2000), *Populism*, Buckingham: Open University Press; D. Canovan (1999), „Trust the People! Populism and the Two Faces of Democracy“, in: *Political Studies*, 42, S. 2–16.

58 S. M. Lipset und E. Raab (1971), *The Politics of Unreason. Right-wing Extremism in America, 1790–1970*, London: Heinemann, S. 5; siehe auch R. Eatwell und M. J. Goodwin (2010), „Introduction“, in: Eatwell und Goodwin, *The New Extremism in 21st Century Britain*, London & New York: Routledge, S. 1–20.

Das weitere Potenzial

Breitere Trends haben ein günstiges Klima für PEPs und ihre exkludierenden Kampagnen geschaffen.⁵⁹ Der folgende Abschnitt erkundet dieses Klima, indem er sich auf eine Reihe von Untersuchungs- und Umfragedaten stützt. Aufbauend auf der Erörterung der PEP-Botschaft werden drei Bereiche untersucht: (1) Einstellungen der Öffentlichkeit zur Immigration, (2) Einstellungen der Öffentlichkeit gegenüber ansässigen muslimischen Gemeinschaften, und (3) das Ausmaß der politischen Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der nationalen politischen Systeme und mit den Parteien der politischen Mitte.

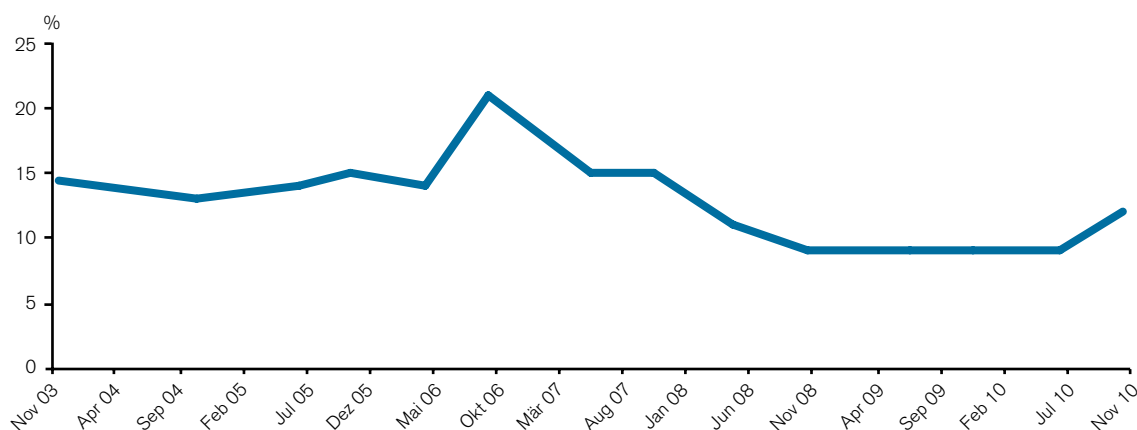
Immigrantenfeindliche und rassistische Einstellungen

Eine immigrantenfeindliche Stimmung ist in ganz Europa relativ weit verbreitet.⁶⁰ In der Tat haben Bürger seit Langem ihre Angst wegen der Einwanderung und ihrer Auswirkung auf die Gesellschaft deutlich gemacht. Beispielsweise gab eine europaweite Umfrage Mitte bis Ende der 1990er-Jahre zu erkennen, dass beinahe zwei Drittel der Befragten das

Gefühl hatten, ihr Land habe hinsichtlich der Zahl der Immigranten „seine Grenzen erreicht“. Ungefähr ein Fünftel der Bürger ging weiter und brachte seine Unterstützung für eine „umfassende Rückführung“ zum Ausdruck, wonach alle außereuropäischen Immigranten und ihre Kinder (seien sie legal oder illegal, in Europa geboren oder nicht) in ihre Ursprungsländer zurückgeschickt werden sollten.⁶¹

Seitdem gibt es kontinuierlich neue Befunde darüber, in welchem Ausmaß Bürger wegen dieser Frage weiterhin besorgt sind. Zum Beispiel hat eine erhebliche Anzahl von Bürgern die Immigration seit 2003 immer wieder als eines der beiden wichtigsten Probleme eingestuft, mit denen ihr Land konfrontiert sei (der Höchststand lag 2006 bei 21 Prozent; siehe Abbildung 2). Weder hat sich die Besorgnis der Öffentlichkeit hinsichtlich der Immigration als vorübergehend erwiesen, noch sind Entscheidungen an der Wahlurne davon unberührt geblieben. Laut einer Umfrage von 2010 verfolgen beinahe 70 Prozent der Bürger Nachrichten über Immigration und Integration „aufmerksam“, während fast die Hälfte angab, dass ihre Wahlentscheidung durch die Einwanderungspolitik der Parteien beeinflusst werde.⁶²

Abbildung 2: Der empfundene Stellenwert der Immigration in den EU-Staaten, 2003–2010



Anmerkung: Die Teilnehmer der Studie wurden gefragt: „Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, mit denen (unser Land) im Moment konfrontiert ist?“.

Quelle: Eurobarometer-Umfragen, 2003–2010.

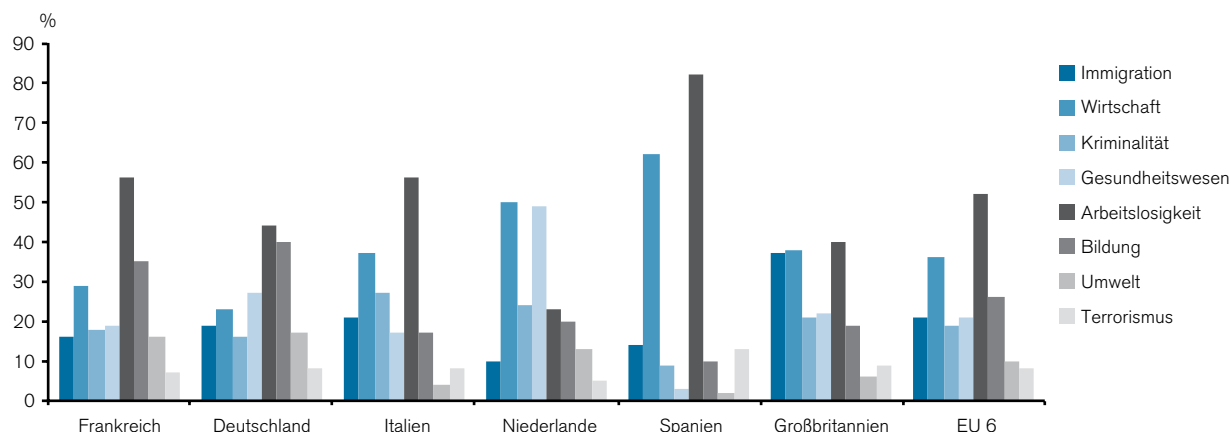
59 R. Ford (2010), „Who Might Vote for the BNP? Survey Evidence on the Electoral Potential of the Extreme Right in Britain“, in: Eatwell und Goodwin (Hg.), *The New Extremism in 21st Century Britain*; Mudde (2011), „The Populist Radical Right“.

60 Zu den Belegen für eine immigrantenfeindliche Stimmung siehe L. McLaren und M. Johnson (2007), „Resources, Group Conflict and Symbols. Explaining Anti-Immigration Hostility in Britain“, in: *Political Studies*, 55, 4, S. 709–732; Ivarsflaten, „Threatened by Diversity“; S. L. Schneider (2008), „Anti-Immigrant Attitudes in Europe. Outgroup Size and Perceived Ethnic Threat“, in: *European Sociological Review*, 24, 1, S. 53–67.

61 Die Eurobarometer-Umfragedaten wurden bezogen von http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm (Abruf Juli und August 2011).

62 Dies war besonders in Großbritannien der Fall, wo 63 Prozent der Bürger aussagten, sie würden diese Politik berücksichtigen. *Transatlantic Trends Survey*, 2010.

Abbildung 3: Zwei der wichtigsten Probleme des Landes, 2010



Frankreich Deutschland Italien Niederlande Spanien Großbritannien EU 6.

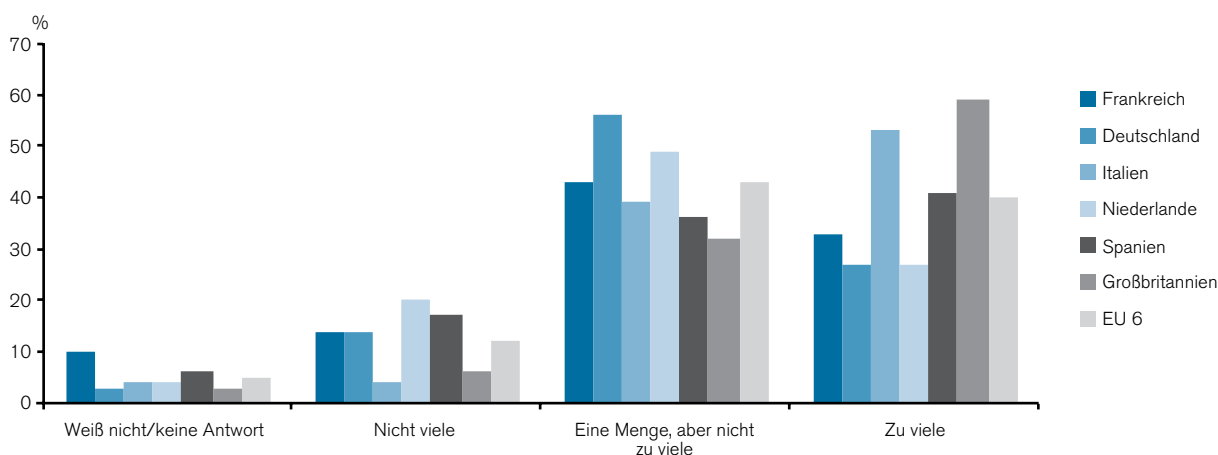
Anmerkung: Die Teilnehmer der Studie wurden gefragt: „Welches der folgenden Probleme betrachten sie im Moment als das wichtigste (Ihres Landes)? Und welches ist das zweitwichtigste Problem?“.

Quelle: Transatlantic Trends Topline Data 2010.

Abbildung 3 zeigt darüber hinaus, inwieweit sich die Sorgen der Öffentlichkeit hinsichtlich der Immigration in ganz Europa vergleichen lassen. Berücksichtigt man, dass diese spezielle Umfrage unmittelbar nach der Finanzkrise stattfand, überrascht es nicht, dass Wirtschaft und Arbeitslosigkeit die Liste der öffentlichen Sorgen dominieren. Doch sogar in diesem Klima betrachtete mehr als ein Fünftel der Bürger die Immigration als eines der beiden wichtigsten Probleme ihres Landes. Die höchste Zahl, 37 Prozent, wurde in Großbritannien erfasst.

Immigration war nicht die Hauptsorge dieser Wähler, aber als sie speziell zu diesem Thema befragt wurden, brachten viele ihre negative Einstellung zum Ausdruck. Zwischen einem Viertel und drei Fünftel der Befragten hatte das Gefühl, dass zu viele Immigranten in ihrem Land seien (siehe Abbildung 4). Während die Briten (59 Prozent) und die Italiener (53 Prozent) diese Auffassung mit der größten Wahrscheinlichkeit vertraten, hatten 40 Prozent aller Befragten das Gefühl, dass zu viele Immigranten in ihren Ländern seien.

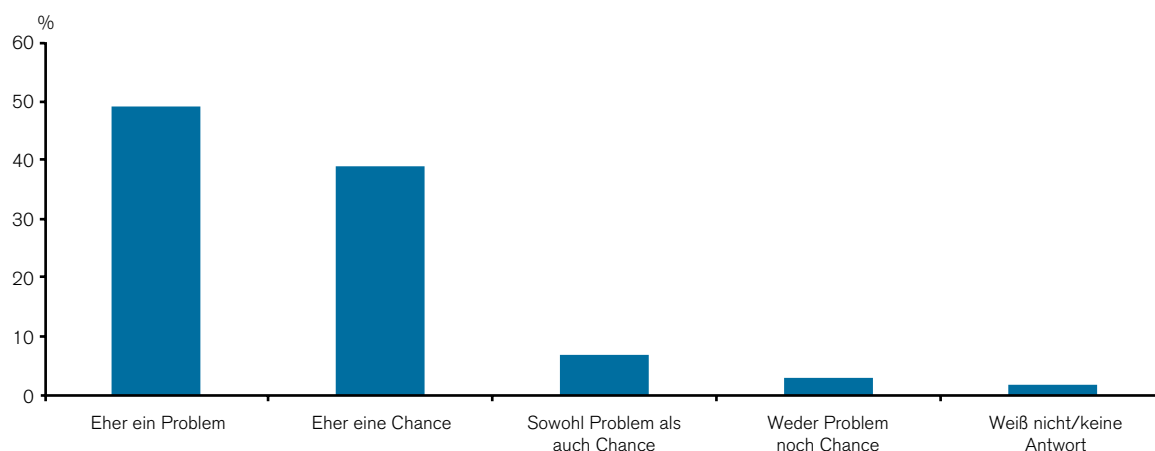
Abbildung 4: Gefühle hinsichtlich der Anzahl der Immigranten, 2010



Anmerkung: Die Teilnehmer der Studie wurden gefragt: „Was denken Sie generell über die Anzahl der in (Land) lebenden Menschen, die nicht in (Land) geboren wurden? Sind es zu viele, eine Menge, aber nicht zu viele oder nicht viele?“.

Quelle: Transatlantic Trends Survey, 2010.

Abbildung 5: Die öffentliche Wahrnehmung: Bedeutet Immigration ein Problem oder eine Chance?



Anmerkung: Die Teilnehmer der Studie wurden gefragt: „Manche Leute sagen, dass die Immigration eher ein Problem für (Land) ist. Andere sehen darin eher eine Chance für (Land). Welche Aussage kommt Ihrer Ansicht am nächsten?“ Die Balken stellen den Mittelwert aus sechs EU-Staaten dar.

Quelle: Transatlantic Trends Survey, 2010.

Anmerkung: Die Teilnehmer der Studie wurden gefragt: „Welches der folgenden Probleme betrachten sie im Moment als das wichtigste (Ihres Landes)? Und welches ist das zweitwichtigste Problem?“

Weiteres Belegmaterial über das Ausmaß dieser Sorge ergab sich aus einer Umfrage, die in acht Ländern durchgeführt wurde: in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Polen, Portugal und Ungarn. Sie maß die immigrantenfeindlichen Einstellungen anhand von vier Statements: Es gibt zu viele Immigranten, man fühlt sich wie ein Fremder im eigenen Land, zwischen Gruppen gibt es Konkurrenz um Arbeitsplätze, und Immigranten bereichern die nationale Kultur. Obwohl viele der Befragten Immigranten als Bereicherung ihrer nationalen Kulturen betrachteten, fand die Studie heraus, dass ungefähr die Hälfte der Meinung war, dass zu viele Immigranten in ihrem Land seien und dass Arbeitsplätze an die Einheimischen vergeben werden sollten, wenn es an Arbeit mangelte, und etwa ein Drittel fühlten sich als Fremde in ihrem eigenen Land.⁶³

Ähnliche Befunde haben sich in anderen Ländern abgezeichnet, etwa in der Schweiz, wo eine Umfrage erkennen ließ, dass über die Hälfte der Bevölkerung

skeptisch war, dass eine Verständigung mit Migranten unterschiedlicher kultureller Herkunft erreicht werden könne. Die Studie zeigte außerdem eine wachsende immigrantenfeindliche Stimmung bei Schweizer Wählern. Während 1994 33 Prozent der Bürger der Meinung waren, der Anteil der Ausländer sollte reduziert werden, war diese Zahl 1997 auf 46 Prozent gestiegen, und 2006 vertraten 59 Prozent der Befragten die Ansicht, dass die Einwanderung ihre Grenzen erreicht habe. Laut der gleichen Umfrage waren 43 Prozent der Meinung, Ausländer würden den Sozialstaat ausnutzen.⁶⁴

Die europäischen politischen Eliten haben sich oft darum bemüht, auf diese Ängste zu reagieren, indem sie die Immigration als wirtschaftlichen Gewinn dargestellt haben. Der wissenschaftliche Befund legt jedoch nahe, dass viele Bürger davon überhaupt nicht überzeugt sind. Wie Abbildung 5 zeigt, betrachten Bürger die Einwanderung eher als Problem denn als Chance für ihr Land. Tatsächlich lag der Anteil derer, welche die Immigration als problematisch bezeichneten, um 10 Prozent höher.

Wie in Kapitel 1 erwähnt, stellen PEPs Immigranten als Bedrohung für die Gesellschaftsordnung, die wirtschaftlichen Ressourcen und die staatlichen Sozialsysteme dar. Aber in welchem Ausmaß werden

⁶³ A. Zick, B. Küpper und A. Hövermann (2011), *Intolerance, Prejudice and Discrimination. A European Report*, Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.

⁶⁴ D. Skenderovic, „Transformations and ‚Direct‘ Success on the Right-Wing Fringe“.

Tabelle 2: Einstellungen zu legaler und illegaler Immigration

	EU 6	Großbritannien	Frankreich	Deutschland	Italien	Niederlande	Spanien
Legale Immigranten sind eine Belastung für die Sozialsysteme	40	47	48	29	44	42	35
Illegale Immigranten sind eine Belastung für die Sozialsysteme	58	76	62	48	47	52	71
Legale Immigranten erhöhen die Kriminalität in der Gesellschaft	42	33	40	46	56	46	29
Illegale Immigranten erhöhen die Kriminalität in der Gesellschaft	61	63	55	63	57	65	70
Immigranten nehmen Einheimischen Arbeitsplätze weg	35	57	36	26	29	25	38
Immigranten lassen die Löhne der Bürger sinken	44	52	42	39	44	24	53

Anmerkung: Die Zahlen stellen den Prozentsatz der Befragten dar, die der Aussage entweder „stark zustimmen“ oder „zustimmen“.

Quelle: Transatlantic Trends Topline Data 2010.

diese Ansichten auch von vielen Bürgern geteilt? Tabelle 2 wirft ein Licht auf diese Frage, indem sie die Einstellungen der Öffentlichkeit zu legaler und illegaler Immigration zeigt. In Übereinstimmung mit den Behauptungen der PEPs sah die Mehrheit der Bürger in den meisten Ländern illegale Einwanderer als Belastung für die staatlichen Sozialsysteme und als eine Ursache für Kriminalität an. Außerdem betrachteten große Teile dieser Wähler – zwischen 29 und 56 Prozent – *legale* Einwanderer als Belastung für die Sozialsysteme und als eine Ursache für Kriminalität. Allgemeiner stimmten ein Viertel bis drei Fünftel der Befragten der Ansicht zu, dass Immigranten der einheimischen Bevölkerung Arbeitsplätze wegnehmen, und ein Viertel bis die Hälfte waren der Meinung, dass Immigranten die Löhne sinken lassen.

Es wäre jedoch ein Fehler, diese Empfindung wirtschaftlicher Bedrohung als Hauptbeweggrund für die ablehnende Haltung der Öffentlichkeit gegenüber der Immigration zu interpretieren. Dem Befund zu den tatsächlichen PEP-Wählern vergleichbar, gibt es inzwischen in ganz Europa überzeugendes Belegmaterial dafür, dass wirtschaftliche Missstände zwar von großer Bedeutung sind, um zu erklären, warum manche Bürger eine negative

Einstellung zur Immigration haben, aber sie sind nicht der stärkste Beweggrund. Stattdessen deutet der Befund offenkundig darauf hin, dass die Empfindungen *kultureller* Bedrohung (d. h. dass Immigranten und Minderheiten die nationalen Kulturen, nationalen Gemeinschaften und Lebensweisen bedrohen) die wichtigste Triebfeder hierfür sind. Eine Studie untersuchte beispielsweise die ablehnende Haltung zur Einwanderung in 18 Ländern. Sie fand heraus, dass insgesamt die Sorge um die kulturelle Einheit neunmal wichtiger war als die Sorgen wegen Kriminalität und fünfmal größer als die Sorgen um die nationale Wirtschaft.⁶⁵

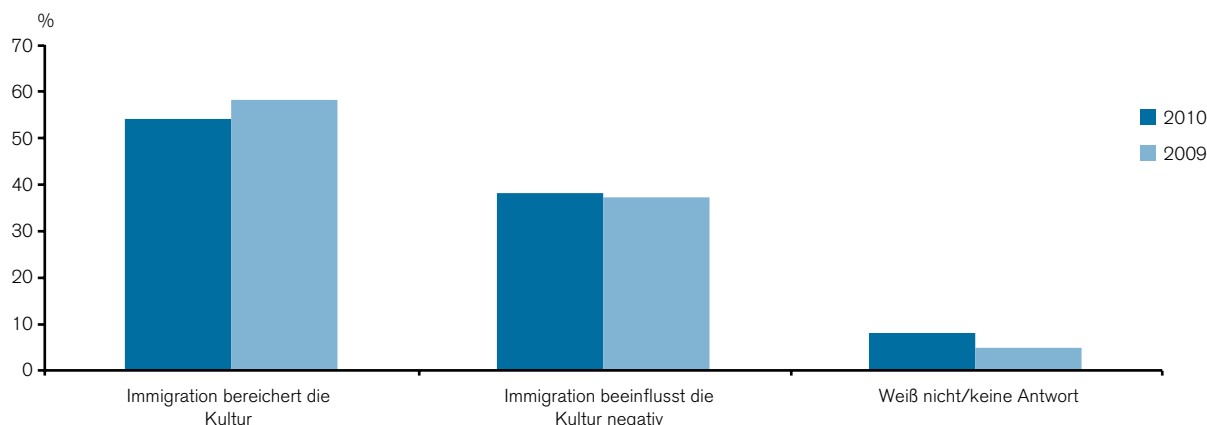
Diese Ergebnisse finden sich auch in anderen Untersuchungen wieder. Eine vergleichende Studie stellte fest, dass das Gefühl, die eigene nationale Kultur vor anderen Kulturen schützen zu müssen, in jedem der untersuchten Länder vorherrschend war – 78 Prozent der Ungarn, 70 Prozent der Portugiesen und 69 Prozent der Polen erklärten, ihre eigene Kultur solle vor dem Einfluss anderer Kulturen geschützt werden.⁶⁶

Abbildung 6 stellt Ergebnisse aus einer anderen Studie dar. Sie zeigt ebenfalls, dass viele Bürger in ganz Europa der Auffassung sind, von den Immigranten eingeführte neue Sitten, Gebräuche und Vorstellungen hätten eine

⁶⁵ Ivarsflaten, „Threatened by Diversity“.

⁶⁶ Zick u. a., *Intolerance, Prejudice and Discrimination*.

Abbildung 6: Einstellungen der Öffentlichkeit zum kulturellen Einfluss der Immigration



Anmerkung: Die Teilnehmer der Studie wurden gefragt: „Manche sind der Meinung, dass Immigration die (Nationalität) Kultur durch neue Sitten, Gebräuche und Vorstellungen bereichert. Andere denken, dass diese neuen Sitten, Gebräuche und Vorstellungen die (Nationalität) Kultur negativ beeinflussen. Welche Aussage entspricht Ihrer Ansicht am ehesten?“ Die Balken stellen den Mittelwert in Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Spanien und Großbritannien dar.

Quelle: Transatlantic Trends Survey, 2010.

negative Auswirkung auf die nationalen Kulturen. Diese Ansicht fand die meisten Befürworter in Großbritannien, dem einzigen Land, in dem die Befragten mehr zu der Auffassung neigten, Immigranten hätten einen negativen statt einen positiven kulturellen Einfluss.⁶⁷

Fasst man den Befund zusammen, lässt sich festhalten, dass große Teile der europäischen Wählerschaft wegen der Immigration beunruhigt sind, insbesondere über die Auswirkung auf ihre nationalen Kulturen und Identitäten. Folgendes sollte jedoch zur Kenntnis genommen werden: Während eine immigrantenfeindliche Stimmung relativ weit verbreitet zu sein scheint, nimmt die Unterstützung der Öffentlichkeit für „traditionelle“ und schärfere Formen des Rassismus anscheinend ab. Jüngste Forschungen haben darauf hingewiesen, dass die Unterstützung traditioneller Rassenvorurteile generationsbedingt stark zurückgeht.⁶⁸ Anders als die älteren Generationen sind junge Bürger heute zunehmend weniger bereit, unverhohlenen rassistische Gefühle oder Handlungen, etwa wenn Arbeitgeber nur weiße Arbeitnehmer einstellen, zu billigen. Es gibt jedoch erhebliche regionale Abweichungen.

Laut einer Studie, die Einstellungen der Öffentlichkeit zu Rasse, Immigration und Minderheiten in acht Ländern vergleicht, sind Bürger in zentral- und osteuropäischen Staaten wie Polen und Ungarn eher als jene in Westeuropa bereit, unverhohlenen rassistische Ansichten gutzuheißen.⁶⁹ Während rund zwei Fünftel der Polen und Ungarn der Aussage zustimmten, dass es eine „natürliche Hierarchie zwischen schwarzen und weißen Menschen“ gibt, vertraten nur ein Drittel der niederländischen und ein Fünftel der italienischen Befragten diese Ansicht. Während 30 Prozent der Ungarn und 24 Prozent der Polen meinten, Weiße und Schwarze sollten nicht untereinander heiraten, war die Unterstützung für diese Auffassung in Westeuropa erheblich geringer (10 Prozent in Großbritannien, 8 Prozent in Italien und 5 Prozent in den Niederlanden). Und während über 50 Prozent der polnischen und ungarischen Befragten der Meinung waren, dass „einige Rassen begabter seien als andere“, empfand dies nur ungefähr ein Viertel der Briten und Franzosen ebenso.

Ähnliche Abweichungen betreffen den Antisemitismus und die Homophobie, die tendenziell stärker in den Programmen und dem Informationsmaterial von PEPs

67 In Großbritannien nahmen 45 Prozent der Befragten die Einwanderung als bereichernd für ihre nationale Kultur wahr, während 48 Prozent sie als negativen Einfluss auf ihre Kultur empfanden. Der Mittelwert in sechs EU-Mitgliedsstaaten lag bei 54 Prozent (bereichernd) gegenüber 38 Prozent (negative Auswirkung), Transatlantic Trends Survey, 2010.

68 Ford, „Is Racial Prejudice Declining in Britain?“.

69 Zick u. a., *Intolerance, Prejudice and Discrimination*.

in Zentral- und Osteuropa vorkommen. Zum Beispiel lehnten fast 90 Prozent der polnischen und zwei Drittel der ungarischen Befragten gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften ab, während diese Zahlen in Deutschland bei 39 Prozent und in den Niederlanden bei 17 Prozent lagen. Und während die große Mehrheit der Befragten in Polen (über Dreiviertel) und Ungarn (zwei Drittel) die Homosexualität als unmoralisch betrachtete, wurde dieses Empfinden in den westeuropäischen Ländern von 36 bis 44 Prozent der Befragten geteilt.

Antimuslimische Stimmung

Ein zweiter Bereich, der Potenzial für PEPs bietet, ist eine speziellere Form der Feindseligkeit gegenüber bereits ansässigen muslimischen Gemeinschaften. Seit dem 11. September 2001 haben PEPs mehr Anstrengungen unternommen, um die Angst der Öffentlichkeit vor der Präsenz und der empfundenen Integration von Muslimen in den europäischen Gesellschaften zu schüren. Diese Kampagnen stellen Muslime als eindeutige Bedrohung der Gesellschaftsordnung dar, als Menschen, die sich Werten verschrieben haben, die mit den westlichen Gesellschaften

nicht kompatibel sind, und als unfähig oder nicht willens, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Inwieweit werden diese Ansichten von den europäischen Wählern geteilt?

Es ist keine Frage, dass eine beträchtliche Anzahl von Bürgern wegen dieser Fragen beunruhigt ist. Der jüngsten Pew-Attitudes-Umfrage 2011 zufolge lag der Anteil der Bürger, die sich positiv über Muslime äußerten, in Frankreich und Großbritannien bei 64 Prozent, in Deutschland bei 45 Prozent und in Spanien bei 37 Prozent.⁷⁰ Einen tieferen Einblick bietet eine Studie über die Einstellungen der Öffentlichkeit zu Muslimen in acht Ländern.⁷¹ Sie beobachtete ebenfalls eine erhebliche antimuslimische Stimmung: In den meisten Ländern hielt die Mehrheit den Islam für eine intolerante Religion und Muslime für „zu fordernd“. Außerdem war eine beträchtliche Besorgnis über die Präsenz dieser Minderheit zu verzeichnen: Über 40 Prozent der Befragten in Deutschland, Großbritannien, Italien, den Niederlanden und Polen erklärten, es gebe zu viele Muslime in ihrem Land (die mit 60 Prozent höchste Zahl wurde in Ungarn festgehalten). Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass sich „die Europäer in ihrer Ablehnung der Muslime und des Islams ziemlich einig sind“.

Tabelle 3: Einstellungen zu Muslimen in acht Staaten

	Deutschland	Großbritannien	Frankreich	Niederlande	Italien	Polen	Portugal	Ungarn
Zu viele Muslime im Land	46.1	44.7	36.2	41.5	49.7	47.1	27.1	60.7
Muslime sind zu fordernd	54.1	50.0	52.8	51.8	64.7	62.3	34.4	60.0
Der Islam ist eine intolerante Religion	52.5	47.2	52.3*	46.7	60.4	61.5	62.2	53.4
Die muslimische Kultur passt gut ins Land/nach Europa	16.6	39.0	49.8	38.7	27.4	19.0	50.1	30.2
Die muslimische Einstellung zu Frauen widerspricht unseren Werten	76.1	81.5	78.8	78.2	82.2	72.1	72.1	76.8
Viele Muslime empfinden Terroristen als Helden	27.9	37.6	–	29.2	28.5	30.2	30.3	39.3
Die Mehrheit der Muslime findet den Terrorismus gerechtfertigt	17.1	26.3	23.3*	19.9	21.5	26.0	22.4	29.6

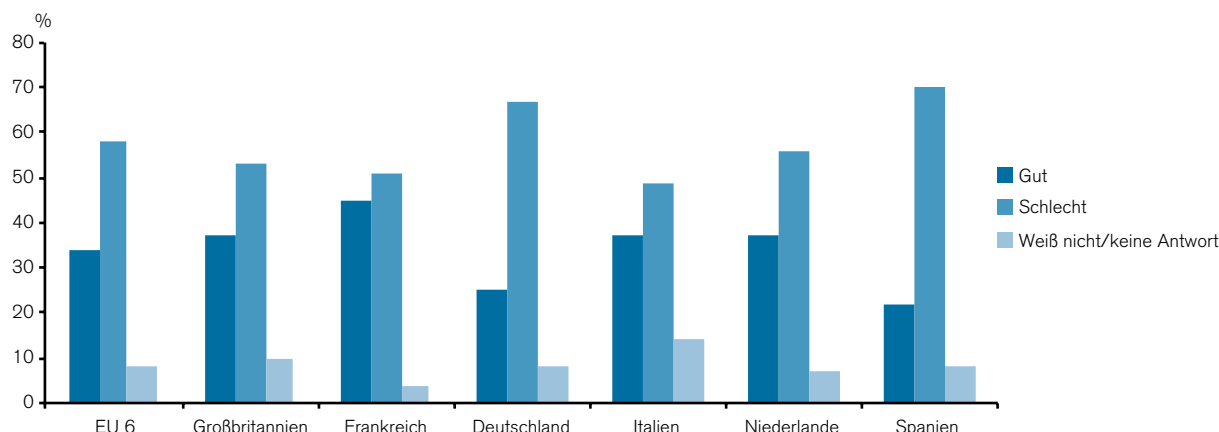
Anmerkung: In Frankreich wurden die Aussagen positiv formuliert und anschließend gegenteilig codiert. In diesen Fällen geht der Wert für Frankreich auf den Anteil der Befragten zurück, die mit der Aussage „wenig“ oder „überhaupt“ nicht übereinstimmen.

Quelle: A. Zick, B. Küpper, A. Hövermann (2011), *Intolerance, Prejudice and Discrimination. A European Report*, Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.

70 Der genaue Anteil der Befragten, die das Verhältnis als schlecht bezeichneten, lag in Frankreich bei 62 Prozent, in Deutschland bei 61 Prozent, in Spanien bei 58 Prozent und in Großbritannien bei 52 Prozent. Online abrufbar unter: <http://pewglobal.org/2011/07/21/muslim-western-tensions-persist/> (Abruf 20. August 2011).

71 Zick u. a., *Intolerance, Prejudice and Discrimination*.

Abbildung 7: Die öffentliche Wahrnehmung der Integration von Muslimen in die Gesellschaft



Anmerkung: Die Teilnehmer der Studie wurden gefragt: „Wie gut integrieren sich Ihrer Meinung nach die Muslime ganz allgemein in die (Nationalität) Gesellschaft?“ Die Werte für „sehr gut“ und „gut“ wurden ebenso gerundet wie diejenigen für „schlecht“ und „sehr schlecht“.

Quelle: Transatlantic Trends Survey, 2010.

Neben diesen vergleichenden Untersuchungen ist die Forschung in einzelnen Ländern zu ähnlichen Ergebnissen gekommen. Wie die oben erwähnten Studien deutet diese auf den besonderen Stellenwert der Sorgen angesichts der wahrgenommenen kulturellen Konflikte hin. Eine 2002 in Großbritannien durchgeführte Umfrage gab zu erkennen, dass über die Hälfte der Bevölkerung der Meinung war, dass ihre Werte wenig oder nichts mit denen britischer Muslime gemeinsam hätten; ein Drittel wies die Überlegung zurück, dass Muslime eine wertvolle Rolle in der Gesellschaft spielen; und ein Viertel erklärte, dass islamische und westliche Werte unmöglich friedlich nebeneinander koexistieren könnten.⁷² Im Rahmen der British Social Attitudes-Umfrage im darauffolgenden Jahr gaben drei Fünftel der Befragten die Antwort, Muslime seien loyaler gegenüber anderen Muslimen in der ganzen Welt als gegenüber ihren britischen Mitbürgern, über die Hälfte antwortete, Großbritannien würde seine Identität verlieren, wenn sich noch mehr Muslime ansiedelten, und ein Viertel erklärte, sie wären nicht glücklich, wenn

ein Verwandter eine/n Muslim/in heiraten würde.⁷³ Ein ähnliches Bild ergibt sich in Ländern wie Dänemark, wo eine Umfrage zeigte, dass über die Hälfte der Bevölkerung den Islam für eine Bedrohung der nationalen Einheit hielt.⁷⁴

Diese Sorgen wegen der Kompatibilität von Muslimen erstrecken sich auch auf die Frage der Integration. Um noch einmal auf die Pew Attitudes-Umfrage zurückzukommen: Auf die Frage, ob Muslime die Sitten und Gebräuche des Landes annehmen oder kulturell verschieden bleiben möchten, entschied sich die Mehrheit der europäischen Bevölkerung für letztere Aussage: 72 Prozent der Deutschen, 69 Prozent der Spanier, 54 Prozent der Franzosen und 52 Prozent der Briten erklärten, die Muslime wollten sich unterscheiden.⁷⁵ Es gibt zusätzliche Belege dafür, dass die Öffentlichkeit mit Behauptungen, wie Muslime seien unfähig oder nicht willens, sich in die Gesellschaft zu integrieren, sympathisiert. Wie Abbildung 7 zeigt, waren fast drei Fünftel der Befragten in sechs EU-Staaten der Meinung, Muslime seien schlecht integriert.

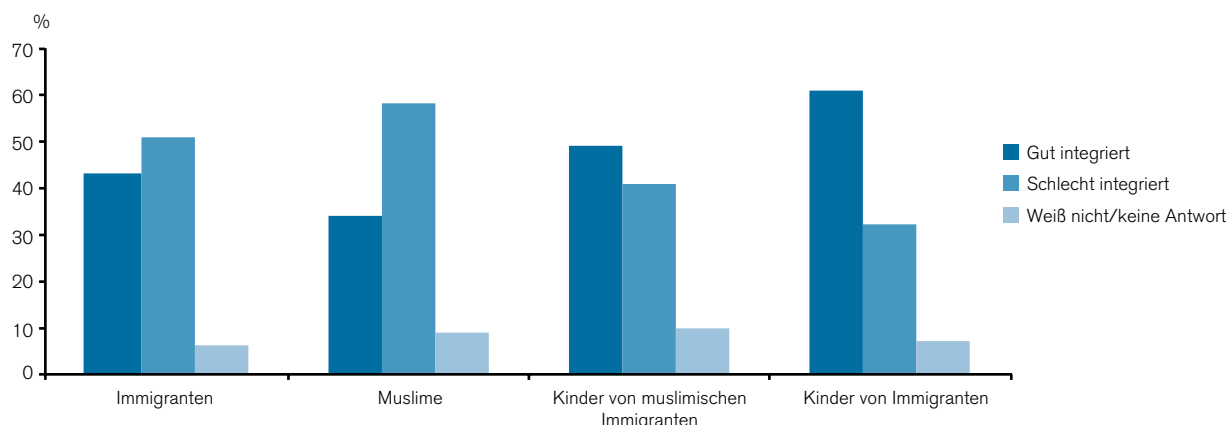
72 „Attitudes towards British Muslims. A Survey Commissioned by the Islamic Society of Britain and Conducted by YouGov“, November 2002. YouGov befragte vom 31. Oktober bis 1. November 2001 eine repräsentative Stichprobe von 1890 Wählern in ganz Großbritannien.

73 Zur weiteren Erörterung dieser Daten siehe McLaren und Johnson, „Resources, Group Conflict and Symbols“. Siehe auch L. McLaren, D. Cutts und M. J. Goodwin (2011), „What Drives Anti-Muslim Sentiment? A Test of Rival Theories“, Fachvortrag beim Jahrestreffen des European Consortium for Political Research, Island, August.

74 „Immigration and Islam divide the Danes“, in: *Politiken*, 17.8.2010, <http://politiken.dk/indland/article1038188.ece> (Abruf 20. August 2011).

75 Pew Global Attitudes-Umfragedaten. Online abrufbar unter: <http://pewglobal.org/2011/07/21/muslim-western-tensions-persist/> (Abruf August und September 2011).

Abbildung 8: Die öffentliche Wahrnehmung der Integration von Muslimen und Immigranten in sechs EU-Staaten



Anmerkung: Die Teilnehmer der Studie wurden gefragt: „Wie gut integrieren sich Ihrer Meinung nach Immigranten allgemein in die (Nationalität) Gesellschaft (nur eine Antwort)?“ Anschließend: „Und was ist mit den Kindern von muslimischen Immigranten, die in (Land) geboren sind? Wie gut sind sie Ihrer Meinung nach in die Gesellschaft integriert (nur eine Antwort)?“.

Quelle: Transatlantic Trends Survey, 2010.

Diese Studie fragte die Bürger auch, wie gut sich ihrer Meinung nach die *Kinder* von Immigranten und besonders muslimischen Immigranten integrieren. Von einem Blickwinkel aus betrachtet, bestätigen die Ergebnisse die oben erwähnten, da sie zu erkennen geben, dass viele Bürger (41 Prozent) der Meinung sind, dass sich muslimische Jugendliche schlecht integrieren und dass sie schlechter integriert sind als die Kinder von Immigranten. Aus einer anderen Perspektive deuten sie jedoch auf einen positiven Trend hin, da die Befragten im Ganzen eher bereit waren, die Kinder von Muslimen und Immigranten als besser integriert zu betrachten als die älteren Generationen. Das heißt insgesamt, dass die Öffentlichkeit weiterhin in hohem Maße über die Integration dieser Minderheit beunruhigt ist.

Politische Unzufriedenheit

Der dritte Bereich mit Potenzial für die Themen der PEPs betrifft den Grad an politischer Unzufriedenheit bei den europäischen Wählern. Obwohl die meisten Bürger in Europa die Demokratie als Regierungsform unterstützen, sind viele damit unzufrieden, wie ihre nationale

Demokratie funktioniert, und misstrauisch gegenüber den Institutionen der Gesellschaft. Wie Abbildung 9 zeigt, brachten viele Bürger zwischen 1990 und 2004 eine erhebliche Unzufriedenheit mit dem Funktionieren ihrer nationalen Demokratie zum Ausdruck.

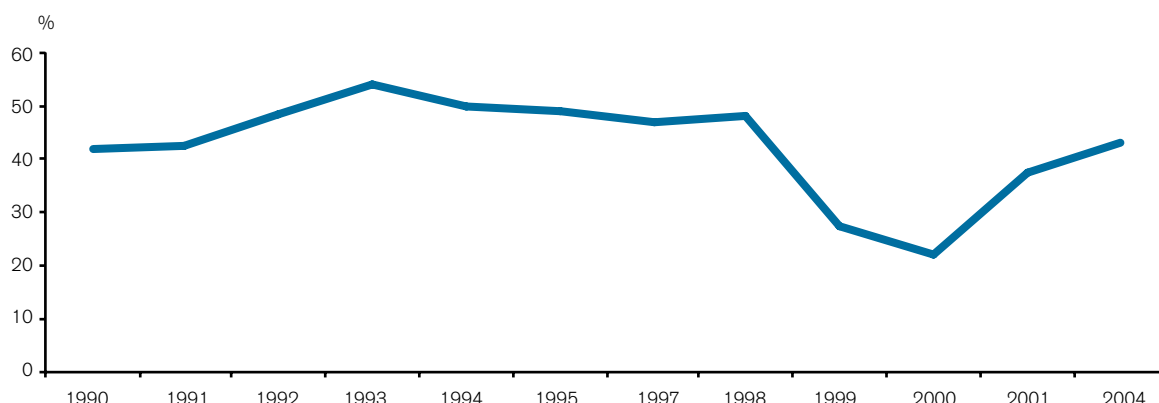
Zahlreiche Bürger blieben durchweg misstrauisch gegenüber einer Reihe von politischen Institutionen in der Gesellschaft: Zwischen 2003 und 2011 misstrauten mehr als 75 Prozent den politischen Parteien, rund 60 Prozent misstrauten ihrer nationalen Regierung, und zwischen 50 und 60 Prozent misstrauten ihrem nationalen Parlament.⁷⁶

Über die politische Unzufriedenheit *an sich* hinaus ist dies ein Anhaltspunkt für eine besondere Chance der populistischen Extremisten. Bei Wahlen stellen sich Bürger hinter die Partei, die für sie die kompetenteste im Hinblick auf das für sie wichtigste Thema halten,⁷⁷ und es gibt gute Gründe dafür anzunehmen, dass dieses Verhalten auch die Immigration betrifft. Während dies ein zunehmend wichtiges Thema für die Wähler geworden ist, äußern viele auch ihre Unzufriedenheit mit der Leistung der Parteien der politischen Mitte in Fragen der Immigration und Integration. Beispielsweise

⁷⁶ Diese Daten wurden der Eurobarometer-Umfrage entnommen. Online abrufbar unter: <http://www.ec.europa.eu> (Abruf 15. August 2011).

⁷⁷ H. D. Clarke, D. Sanders, M. C. Stewart und P. F. Whiteley (2009), *Performance Politics and the British Voter*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 306. Zur Unzufriedenheit der britischen Wähler siehe auch R. Ford und W. Somerville (2010), „Immigration and the 2010 General Election. More than Meets the Eye“, in T. Finch und D. Goodhart (Hg.), *Immigration under Labour*, London: Institute for Public Policy Research, S. 10–14.

Abbildung 9: Die Unzufriedenheit der Öffentlichkeit mit dem Funktionieren der nationalen Demokratie



Anmerkung: Die Teilnehmer der Studie wurden gefragt: „Sind Sie insgesamt sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht zufrieden damit, wie die Demokratie in (Land) funktioniert?“ In diesem Fall wurden „nicht sehr zufrieden“ und „überhaupt nicht zufrieden“ in einer Kategorie zusammengefasst. Fallbeispiele: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien. Quelle: Eurobarometer-Umfragedaten, 1990–2004.

widersprach in Großbritannien zwischen 1997 und 2010 die große Mehrheit der Wähler durchweg der Ansicht, die Labour-Partei habe die Einwanderung und Asylgesuche unter Kontrolle, mache in diesem Bereich Fortschritte oder sei offen und ehrlich hinsichtlich der Anzahl der Immigranten, die ins Land kämen. Während der Parlamentswahlen 2010 widersprachen acht von zehn Wählern der Ansicht, nach zehn Jahren an der Macht habe die Labour-Partei angemessene politische Strategien in diesen Fragen entwickelt, während sieben von zehn der Meinung waren, die Labour-Partei habe diese Angelegenheiten schlecht gemanagt.⁷⁸

Diese Ergebnisse sahen in ganz Europa recht ähnlich aus. Einer vergleichenden Studie von 2006 zufolge, betrug der Anteil der Wähler, die Vertrauen in die Fähigkeit der Regierung hatten, ausländische Bevölkerungsgruppen zu integrieren, nur 45 Prozent in Spanien, 37 Prozent in Frankreich, 34 Prozent in Deutschland, 32 Prozent in Italien und 25 Prozent in Großbritannien.⁷⁹ Ein ähnliches Bild zeichnete sich 2010 ab, als die Wähler in sechs EU-Staaten nach ihrer Ansicht zur Leistung ihrer Regierung in Fragen der Immigration und Integration befragt wurden. Wie Abbildung 10 zeigt, war eine deutliche Mehrheit der

Meinung, dass sie in beiden Punkten eine schwache Leistung erbracht hätten. Während die Öffentlichkeit wegen dieser immigrationsbezogenen Fragen erheblich besorgt ist, gibt es auch ein hohes Maß an Unzufriedenheit mit den Parteien der politischen Mitte und der Art und Weise, wie sie auf diese Sorgen reagieren.

Fazit

Populistische extremistische Parteien bieten eine Reihe eindeutiger Konzepte und Strategien an. Sie sind gegen Immigration, ansässige muslimische Gemeinschaften sowie zunehmende ethnische und kulturelle Vielfalt, und sie stehen dem etablierten politischen Mainstream ablehnend gegenüber. Die beiden Hauptmerkmale der PEPs führen dazu, dass diese Parteien auf Bürger zielen, die sich wegen der Immigration Sorgen machen und die mit den bestehenden politischen Optionen unzufrieden sind. Zunehmend formiert sich ihre Opposition gegenüber Letzteren entlang kultureller statt wirtschaftlicher Argumentationslinien, und die erfolgreichsten PEPs sind diejenigen, die sich von den älteren, gesells-

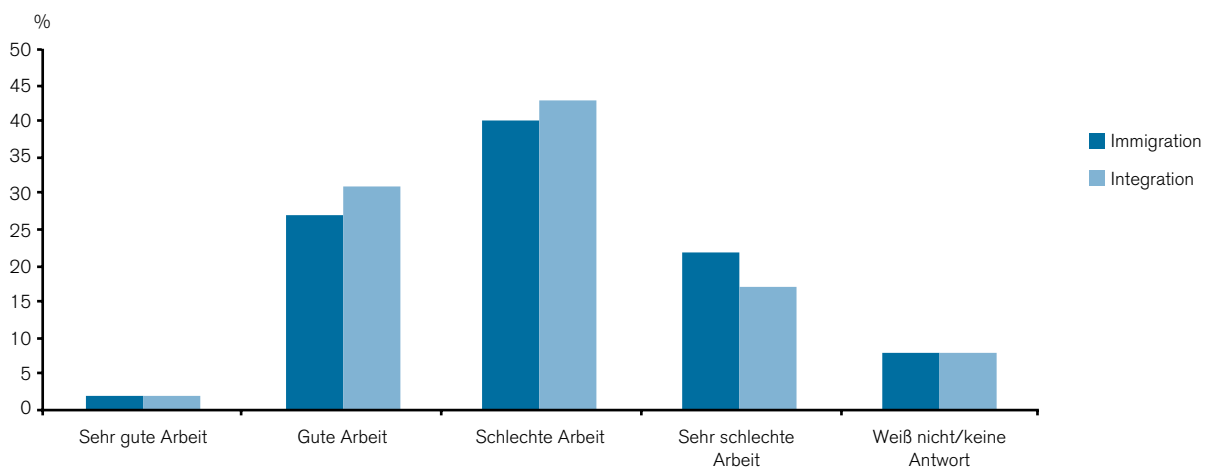
⁷⁸ Goodwin, *New British Fascism*.

⁷⁹ Ipsos-MORI interviewte in jedem Land eine repräsentative Stichprobe von 1000 Erwachsenen, die 18 Jahre oder älter waren. Ipsos-MORI (2006), *A New British Model?*, London: Ipsos-MORI.

chaftlich inakzeptablen Formen des Rassismus distanziert haben. Im größeren europäischen Kontext treffen diese Vorstellungen auf ein günstiges Klima: Insgesamt steht die europäische Öffentlichkeit der Immigration ablehnend gegenüber; zahlreiche Wähler sind wegen der Präsenz, Rolle und Integration von Muslimen besorgt; und große Teile sind unzufrieden mit den Eliten der politischen Mitte

und ihrer derzeitigen Antwort auf Einwanderungsfragen. Diese Trends sind weder neu noch vorübergehend, und sie scheinen sich auf dem ganzen Kontinent festgesetzt zu haben. Nicht alle diese Bürger werden sich den PEPs zuwenden, aber die logische Schlussfolgerung ist, dass sich diese Parteien noch geraume Zeit eines günstigen Klimas erfreuen werden.

Abbildung 10: Die öffentliche Wahrnehmung der Regierungsleistung in Fragen der Immigration und Integration



Anmerkung: Die Teilnehmer der Studie wurden gefragt: „Sind Sie insgesamt sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, nicht sehr zufrieden oder überhaupt nicht damit zufrieden, wie die Demokratie in (Land) funktioniert?“ In diesem Fall wurden „nicht sehr zufrieden“ und „überhaupt nicht zufrieden“ in einer Kategorie zusammengefasst. Fallbeispiele: Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Großbritannien.

4. Antwortstrategien

Die Debatte darüber, wie auf populistische extremistische Parteien zu reagieren sei, hat sich häufig nur darauf konzentriert, inwieweit diese Parteien in den politischen Prozess und die Besetzung öffentlicher Ämter einbezogen oder davon ausgeschlossen werden sollten. Ausschluss ist jedoch nicht die einzig mögliche Antwort. Dieses Kapitel geht von einem Grundgerüst aus, das von Politikwissenschaftlern entwickelt wurde, um zu verstehen, wie politische Parteien auf neue Herausforderer und Themen reagieren können. Danach haben politische Parteien etliche strategische Optionen, wenn sie mit einem Herausforderer oder einem zunehmend wichtigen Thema konfrontiert werden.⁸⁰ Diese Strategien sind nicht in Stein gemeißelt, aber sie sind „idealtypisch“ in dem Sinne, dass die zwischen ihnen bestehenden Unterschiede – in der unmittelbareren und konkreteren Welt der politischen Realität – an Schärfe verlieren können. Nichtsdestotrotz ist es schon an und für sich wichtig, ihre Hauptmerkmale aufzuzeigen. Gestützt auf dieses Grundgerüst und dem in den beiden vorhergehenden Kapiteln dargestellten wissenschaftlichen Befund, skizziert dieses Kapitel sechs mögliche Antwortstrategien auf den Aufstieg und die Anziehungskraft von PEPs in Europa.

Im antiken Griechenland war ein „Stigma“ im wörtlichen Sinne ein Mal, das Bürgern eingebrannt oder physisch eingeritzt wurde, um zu zeigen, dass sie verachtenswert seien. Wenngleich in anderer Form, so werden auch in der modernen Politik Parteien, die nach allgemeiner Ansicht europäische Grundwerte wie Gleichheit und Menschenrechte untergraben, mit einem Stigma versehen. In etlichen Staaten hat das dazu geführt, dass die Parteien der politischen Mitte eine *Ausschlussstrategie* gegenüber den populistischen extremistischen Parteien anwenden. Ob als *no platform*, *cordon sanitaire* oder „Ausgrenzung“ bezeichnet, Ziel ist es, den Einfluss und die Präsenz von PEPs einzudämmen. Wie manche anmerken, hat der Ausschluss zwei Hauptziele: Im parlamentarischen Bereich wird versucht zu verhindern, dass diese Parteien Ämter übernehmen und die Politik beeinflussen, und im Bereich der Wahlen wird daraufhin gearbeitet, sie in den Augen der Wähler als „Extremisten“ zu diskreditieren, deren Anhänger ihre Stimme „verschwenden“. Doch diese Strategie könnte auch ungewollt eine dritte Auswirkung auf die interne Entwicklung von PEPs haben. Indem man ihren „Außenseiter“-Status forciert, könnte das die Solidarität unter ihren Aktivisten und ihre ideologische Radikalisierung verstärken.⁸¹

Inwieweit wird die Angemessenheit einer Ausschlussstrategie durch wissenschaftliche Belege gestützt? Im Gegensatz zur herkömmlichen Auffassung lassen Forschungsergebnisse zum Verhältnis von Ausschluss, dem Grad an Unterstützung für die PEPs und der ideologischen Position dieser Parteien Zweifel an der Wirksamkeit dieser Strategie aufkommen. Eine Studie untersuchte die Auswirkung eines Ausschlusses auf acht Parteien in zehn Parteiensystemen.⁸² Im Gegensatz

80 Das Kapitel stützt sich auf Forschungsergebnisse von T. Bale, C. Green-Pedersen, A. Krouwel, K. R. Luther und N. Sitter (2010), „If You Can't Beat Them, Join Them? Explaining Social Democratic Responses to the Challenge from the Populist Radical Right in Western Europe“, in: *Political Studies*, 58, S. 410–426. Bale u. a. ermitteln drei strategische Antworten, die politischen Parteien zur Verfügung stehen: Versuchen, die Auseinandersetzung zu gewinnen, die Brisanz neuer Themen zu entschärfen oder ihre Position in der Frage zu ändern. Dieses Kapitel fügt dem zwei weitere Antwortstrategien hinzu: Engagement und Interaktion (sowie Ausschluss). Ich danke auch Nick Johnson vom Smith Institute für seinen Beitrag zu diesem speziellen Kapitel.

81 J. van Spanje und Wouter van der Brug (2007), „The Party as Pariah. The Exclusion of Anti-Immigration Parties and Its Effect on their Ideological Positions“, in: *West European Politics*, 30, 5, S. 1022–1040.

82 Ebd.

zu den oben erwähnten Annahmen fand sie heraus, dass Parteien, die nicht ausgeschlossen, sondern zum Parteiensystem zugelassen wurden, im Laufe der Zeit tendenziell von extremeren Positionen abrückten. Aus diesem Befund ergibt sich die logische Schlussfolgerung, dass ein Ausschluss PEPs sogar davon abhält, ihre extremen ideologischen Haltungen aufzugeben. Während Befunde wie dieser in dem Sinne positiv sind, als sie darauf hindeuten, dass die Parteien der politischen Mitte die Stellung von PEPs beeinflussen können, stellen sie auch die mutmaßliche Wirksamkeit dieser Strategie infrage.

Entschärfung

Wenn PEPs nicht ausgeschlossen werden, welche strategischen Optionen bleiben dann übrig? Populistische Extremisten arbeiten hart daran, die Aufmerksamkeit der Wähler von traditionellen sozialen und wirtschaftlichen Themen abzulenken, bei denen die Parteien der politischen Mitte tendenziell besser abschneiden. Stattdessen versuchen sie, das Interesse auf soziale und kulturelle Angelegenheiten zu lenken, die ihr eigenes Programm besser dastehen lassen, insbesondere die Immigration. Um aus diesen Themen Kapital zu schlagen, müssen PEPs die Bedeutung dieser Fragen im Bewusstsein ihrer Wähler steigern. Wenn wir dieser Logik folgen, dann würde für die Parteien der politischen Mitte die zweite Antwort darin bestehen, zu versuchen, die Bedeutung dieser Fragen im Bewusstsein der Wähler *abzuschwächen*. Diese Strategie hätte zur Folge, dass man diese Themen vermeidet oder herunterspielt und die öffentliche Aufmerksamkeit auf Angelegenheiten lenkt, bei denen die Parteien der politischen Mitte einen Vorteil haben. Zum Beispiel könnte man eine einvernehmliche Herangehensweise bei umstrittenen Fragen entwickeln, für die PEPs Unterstützung mobilisieren, etwa bei der Einwanderungspolitik. Außerdem könnte man über Parteigrenzen hinweg zusammenarbeiten, um die Politisierung dieser Themen zu vermeiden.

Wie Bale und seine Kollegen jedoch dargelegt haben, ist diese zweite Strategie mit Risiken verbunden. Am deutlichsten liegt auf der Hand, dass die Parteien der politischen Mitte es schwierig finden werden, eine Politik unter Kontrolle zu behalten, die zum Teil von ihren Kontrahenten gestaltet wird. Parteien können jederzeit von dem Konsens zurücktreten, um ihre eigenen Anreize für die Wähler zu setzen, während man mit dieser Strategie außerdem das Risiko eingeht, die Wähler in der Ansicht zu bestärken, dass Politiker ihnen in heiklen Angelegenheiten kein Gehör schenken. Die Forschungsergebnisse von Lauren McLaren zeigen die möglichen längerfristigen Konsequenzen auf: Wenn die Sorge der Öffentlichkeit hinsichtlich der Immigration auch weiterhin nicht adressiert wird, dann sinkt das Vertrauen der Öffentlichkeit in politische Institutionen allgemein, und das Funktionieren des politischen Systems kann insgesamt untergraben werden.⁸³

Aneignung

Eine dritte Antwort würde darin bestehen, dass die Parteien der politischen Mitte ihre Haltung in Fragen wie etwa der Immigration ändern und so versuchen, die Unterstützung für sich selbst zu maximieren und den politischen Spielraum für PEPs zu reduzieren. Politikwissenschaftler haben seit Langem auf die Strategie der Aneignung hingewiesen, die ein Versuch seitens der Parteien ist, Konkurrenten auszu-manövrieren.⁸⁴ Die zugrunde liegende Logik ist folgende:

Wenn politische Grundsätze weniger wichtig sind als die Jagd nach Wählerstimmen, dann folgt die Logik „wenn Du sie nicht schlagen kannst, schließe Dich ihnen an“: Schließen Sie die thematische Lücke innerhalb des autoritär-libertären Denkschemas und vertreten Sie die Auffassung, dass die Migration begrenzt und der Multikulturalismus gemäßigt werden müssen, indem Sie zunehmend hervorheben, was einige „Integration“ nennen, andere hingegen als „Assimilation“ bezeichnen; wenn dies geschehen ist, kann die Politik zur „Normalität“ zurückkehren.⁸⁵

83 L. M. McLaren (2012), „Immigration and Trust in Politics in Britain“, in: *British Journal of Political Science*, 42, 1, S. 163–185.

84 A. Downs (1957), *An Economic Theory of Democracy*, New York: Harper.

85 Bale u. a., „If You Can't Beat Them, Join Them?“, S. 413.

Für die Parteien der politischen Mitte könnte der Versuch, eine Antwort auf den Aufstieg der PEPs zu finden, dazu führen, dass sie sich eine restriktivere Einwanderungspolitik zu eigen machen, strengere Maßstäbe hinsichtlich Recht und Ordnung oder eine populistische Rhetorik.

Wie die oben erläuterten Ausschluss- und Entschärfungsstrategien beinhaltet auch diese Strategie mehrere Risiken. Erstens kann sie der Glaubwürdigkeit einer Partei bei jenen Wählern schaden, die die Veränderung vielleicht eher als ein Produkt politischer Berechnung denn echter Überzeugung betrachten. Zweitens kann eine Partei, die ihre Haltung in umstrittenen Fragen wie Immigration ändert, ihre Basis unabsichtlich vor den Kopf stoßen und dadurch ihre Wahlchancen untergraben. Drittens kann die Aneignungsstrategie die Kampagnen der populistischen Extremisten auch unabsichtlich legitimieren und die Unterstützung für sie verstärken, indem ihre Hauptthemen noch stärker hervorgehoben werden. Ein Beispiel dafür war das Versprechen von Gordon Brown, Premierminister der Labour-Partei, „Britische Arbeitsplätze für britische Arbeiter“ zu fördern, worin viele einen zynischen Versuch sahen, die Anhänger der BNP (die den Slogan zuvor verwendet hatte) abzuwerben. Für Parteien, die Themen wie Immigration traditionell nie „besetzt“ haben, ist es sehr unwahrscheinlich, dass ein plötzlicher Wechsel die Wähler davon überzeugen wird, dass sie diese Angelegenheit wirklich für wichtig halten oder dass sie diesbezüglich überzeugend agieren können.

Grundsätze

Eine Alternative für die Parteien der politischen Mitte besteht darin, sich nicht beirren zu lassen, weiterhin zu ihren Hauptgrundsätzen zu stehen und zu versuchen, bei Debatten gegen die PEPs zu gewinnen. Durch diese Strategie würden die Parteien ihre bestehende Politik in Einwanderungsfragen unterstreichen, diese Politik

den Wählern wirkungsvoller vermitteln und sich darauf konzentrieren, ihre Basis zu mobilisieren. Statt kurzfristige Wahlziele zu verfolgen, haben die Parteien der politischen Mitte die Pflicht, die schleichende Ausbreitung des populistischen Extremismus zu verhindern, und sie sollten darauf vorbereitet sein, „die anfallenden Kosten für einen echten Kampf gegen den Rechtsradikalismus zu tragen“.⁸⁶

Beispielsweise vertreten manche die Auffassung, dass die Mitte-Links-Einwanderungspolitik keine Fehler gemacht hat, jedoch strategischer vorgehen und „transparent“ sein sollte, indem sie „die impliziten Kompromisse beim Umgang mit der Migration offenlegt, und in unserem Dialog mit den Wählern“.⁸⁷ Die Strategie der Grundsätze würde dazu führen, dass stärkeres Gewicht auf eine wertegeleitete Politik gelegt würde, die Beschäftigungsperspektiven und Arbeitsbedingungen verbessert und sich dafür einsetzt, dass Migranten Unterstützung erhalten, solange sie einen Beitrag zur Gesellschaft leisten. Wie in den vorhergehenden Kapiteln bereits angemerkt, müsste dieser Ansatz jedoch weitergehen, als einfach nur den *wirtschaftlichen* Beitrag der Immigration hervorzuheben. Während die Parteien der politischen Mitte in ganz Europa stark auf eine Darstellung gesetzt haben, die die wirtschaftlichen Vorteile der Immigration betont, zeigt der wissenschaftliche Befund, dass die stärksten Triebkräfte für eine immigrantenfeindliche Haltung Gefühle *kultureller* Bedrohung sind.

Diese Diskrepanz wird besonders offensichtlich in der „Entmythisierung“, die darauf abzielt, Debatten gegen PEPs dadurch zu gewinnen, dass man gegen Behauptungen angeht, wonach Immigranten und Minderheiten bei der Verteilung knapper Ressourcen bevorzugt behandelt werden. Dazu gehört, dass man den Bürgern erklärt, wie Ressourcen, etwa Arbeitsplätze oder Wohnungen, in den Gemeinden verteilt werden. Dieser Ansatz ist in dreifacher Hinsicht problematisch: Erstens, obwohl die PEPs Statistiken und Ereignisse manipulieren, um die Unterstützung für sich zu maximieren, ist dennoch nicht jede Behauptung, die sie vorbringen, ein Mythos. Die

86 B. Schellenberg (2011), „Strategies against the Radical Right and for a Pluralist, Forward-Looking Europe“, in: Langenbacher und Schellenberg (Hg.), */s Europe on the „Right“ Path?*.

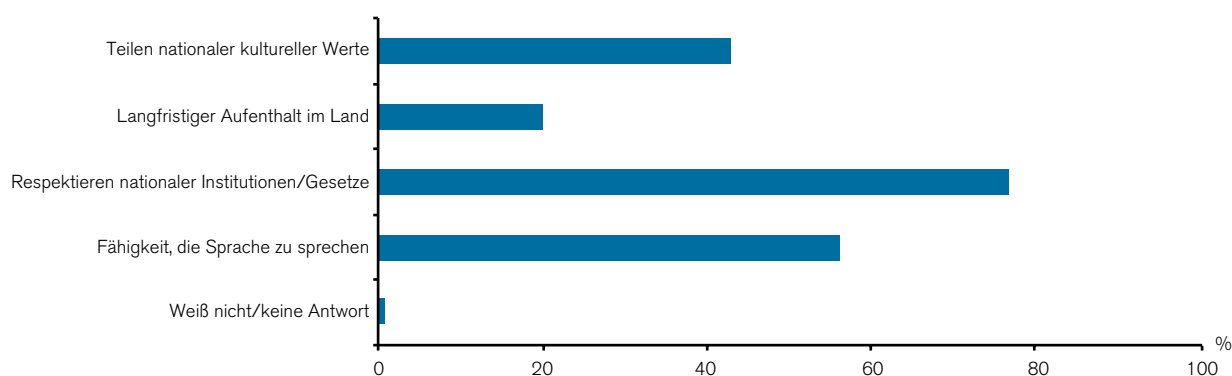
87 K. Green, „How Labour Can Win on Immigration and Welfare“, in: Progress Online. Abrufbar unter: <http://www.progressonline.org.uk/columns/column.asp?c=721> (Abruf 15. Juli 2011).

Prognose und Diagnose, die sie den Wählern anbieten, mögen zwar ungenau sein, die von ihnen aufgezeigte Ursache für die Diskrepanz kann jedoch wahr sein. Zweitens laufen die Annahmen, die zur Entmythisierung führen, psychologischen Forschungsergebnissen zuwider, wonach Bürger Fakten, die mit ihren tiefsten Überzeugungen und Befürchtungen unvereinbar sind, wahrscheinlich nicht glauben. Dies ist vermutlich besonders der Fall, wenn viele Wähler bereits denjenigen misstrauen, die versuchen gegen „Mythen“ anzugehen, etwa Parlamentsabgeordnete, Stadt- und Gemeinderäte oder politische Parteien.⁸⁸ Drittens konzentriert sich diese Maßnahme fast ausschließlich auf wirtschaftliche Missstände, wobei die stärksten Beweggründe für die Unterstützung von PEPs außer acht gelassen werden. Wie bereits in den vorhergehenden Kapiteln dargelegt, sind ihre wirtschaftlich gefährdeten Anhänger nicht allein wegen der knappen ökonomischen Ressourcen besorgt. Dieser Punkt wird durch Abbildung 11 unterstrichen, die zeigt, dass über zwei Fünftel der Befragten in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden und Spanien das „Teilen nationaler kultureller Werte“ als eine wichtige Voraussetzung dafür betrachten, dass Immigranten die Staatsbürgerschaft erhalten.

Bürger fühlen sich ihrer nationalen Kultur und Gemeinschaft eng verbunden. Die Überzeugung, dass die Einheit dieser Kulturen und Gemeinschaften bedroht ist, liegt im Kern der ablehnenden Haltung gegenüber der Immigration und damit auch der Unterstützung für PEPs zugrunde. Bedenkt man diese Motive, dann besteht die Herausforderung für die Parteien der politischen Mitte darin, grundsätzlichere Argumente für kulturelle Vielfalt zu liefern und nicht einfach nur die wirtschaftlichen Argumente für die Immigration darzulegen. Deshalb müssen Mittel und Wege gefunden werden, um der Behauptung der PEPs, Immigranten und Minderheiten bedrohten europäische Sitten und Gebräuche, Traditionen und Lebensweisen, etwas entgegenzusetzen.

Natürlich bleiben Risiken bestehen. Besonders für Mitte-Links-Parteien bedeutet ein grundsatzorientiertes Vorgehen, dass sie Immigration und zunehmende Vielfalt angesichts von Wählern verteidigen, die diesen Trends insgesamt ablehnend gegenüberstehen. Große Teile der europäischen Wählerschaft bleiben zutiefst skeptisch gegenüber der Immigration und haben ihren Wunsch nach einer restriktiveren Politik deutlich zum Ausdruck gebracht. Eine mögliche, jedoch ebenfalls riskante Antwort auf diesen Skeptizismus besteht darin, dass die Parteien

Abbildung 11: Wahrgenommene Voraussetzungen für Immigranten, die Staatsbürgerschaft zu erhalten



Anmerkung: Die Teilnehmer der Studie wurden gefragt: „Welche der folgenden Eigenschaften sind Ihrer Meinung nach die wichtigste Voraussetzung dafür, um die (Nationalität) Staatsbürgerschaft zu erhalten? Und welche ist die nächstwichtigste Eigenschaft?“

Quelle: Transatlantic Trends Survey 2010.

88 Es gibt eine Reihe wichtiger Untersuchungen, siehe jedoch besonders G. W. Allport und L. Postman (1947), *The Psychology of Rumor*, New York: Henry Holt; C. Sunstein (2009), *On Rumors. How Falsehoods Spread, Why We Believe Them, What Can Be Done*, New York: Macmillan; und C. Heath und D. Heath (2007), *Made to Stick. Why Some Ideas Survive and Others Die*, New York: Random House.

der politischen Mitte den Wählern gegenüber sehr viel offener darlegen, was ihre Politik erreichen kann und was nicht. Bestehende Antworten auf die Sorgen hinsichtlich der Einwanderung stellen die Reduzierung der Immigrantenzahlen oder die Begrenzung der Einwanderung insgesamt in den Mittelpunkt ihrer Konzepte. Doch gleichzeitig haben internationale Abkommen das Vermögen der Regierungen, in diesem politischen Bereich nachweisbare Ergebnisse zu liefern, erheblich reduziert. Das Resultat ist eine Diskrepanz zwischen dem, was die Parteien der politischen Mitte versprechen und dem, was sie tatsächlich vorweisen können, und dies gibt den populistischen Extremisten Raum. Eine mögliche längerfristige Auswirkung besteht darin, dass dieser Ansatz die Unzufriedenheit der Öffentlichkeit mit der Leistung der Parteien der politischen Mitte in punkto Immigration weiter schüren wird, ihr Vertrauen in die Regierung untergräbt und zu einer stärkeren Akzeptanz der von den PEPs angebotenen Darstellung führt.

Engagement

Diese fünfte Strategie setzt viel stärker an der Basis an und befasst sich damit, wie politische Parteien Politik *machen*. PEPs sind eine etablierte politische Kraft geworden, und so muss jede effektive Antwort auch die politische Praxis berücksichtigen. In ganz Europa werden die Parteien der politischen Mitte in der Art, wie sie Wahlkampf führen und Repräsentanten auswählen, zunehmend professioneller und nach Managementkriterien geführt. Durch diese Veränderung wurde die aktive Massenmitgliedschaft durch eine stärker mittels politischer Marketingtechniken mobilisierte Mitgliedschaft ersetzt, wobei man sich zunehmend auf eine computergenerierte Wahlwerbung und detaillierte Telefondatenbanken stützt. Fokusgruppen und Meinungsumfragen bestimmen, welche Politik bei welchen Wählertypen Anklang findet, während die von den Eliten adaptierte Sprache darauf abgestimmt ist, diese

(oft marginale) Wählerschaft direkt anzusprechen. Die Zunahme an „Karrierepolitikern“ fiel mit einem Rückgang der Aktivisten an der Basis zusammen.⁸⁹ Obwohl die Parteien der politischen Mitte bei Wahlen von Tür zu Tür gehen können, um auf ihre Wählerstimmen zu kommen, ist diese Art von Aktivismus verglichen mit früheren Jahrzehnten anteilig sehr viel geringer geworden.

Der Stil heutiger Wahlkampagnen der Parteien der politischen Mitte steht in scharfem Gegensatz zum Ansatz der PEPs, die ihre Aktivisten häufig anweisen, auf die Straße zu gehen, den Augenkontakt mit den Wählern zu suchen und über schwierige Fragen ins Gespräch zu kommen. Vielen PEPs fehlt es an Geld und Personal, um durchweg aktiv sein zu können, aber ihre Webseiten sind häufig die innovativsten, die es gibt, und sie investieren oft stark in traditionelle Wahlkampfmethoden. Die potenzielle Einfluss dieser Kampagnen spiegelte sich am besten in einem britischen Report wider, der herausfand, dass Wähler in manchen Städten mehr persönlichen Kontakt mit den Aktivisten der PEPs hatten als mit jenen der Parteien der politischen Mitte.⁹⁰

Die Professionalisierung der Politik hat wohl dazu geführt, dass sich eine große Anzahl von Wählern entrechtet fühlt und für die populistische Antiestablishment-Botschaft empfänglich ist. Dies hat es den herausfordernden Parteien auch einfacher gemacht, sich als Fürsprecher des Volkes gegen die „realitätsfremden“ Politiker zu positionieren. In der Politik geht es darum, die Köpfe und Herzen der Wähler zu gewinnen, und nicht darum zu versuchen, Auseinandersetzungen auf intellektuellem Gebiet zu gewinnen. Deshalb sollten die Parteien der politischen Mitte Teil der Gemeinde sein, eine aktive und sichtbare Präsenz haben und stärkere Verbindungen zu den lokalen Gruppen und Foren schaffen. Auf praktischer Ebene bedeutet dies, vollständige Kandidatenlisten auf kommunaler Ebene aufzustellen, sich auf den direkten Kontakt mit den Wählern einzulassen und einige Ressourcen umzuleiten, um den Wahlkampf an der Basis neu zu beleben.

89 Zu Belegen über den Rückgang von Mitgliederzahlen und Aktivismus siehe P. Mair und I. van Biezen (2001), „Party Membership in Twenty European Democracies, 1980–2000“, in: *Party Politics*, 7, 1, S. 5–21; S. Scarrow und B. Gezgor (2010), „Declining Memberships, Changing Members? European Political Party Members in a New Era“, in: *Party Politics*, 16, 6, S. 823–843.

90 Joseph Rowntree Charitable Trust, *539 Voters' Views*.

Interaktion

Die sechste Antwort liegt außerhalb des Schauplatzes der Parteipolitik. Die Strategie der Interaktion konzentriert sich weniger auf den Konkurrenzkampf zwischen politischen Parteien als vielmehr auf die Beziehungen zwischen unterschiedlichen Gruppen und die grundlegenden Sorgen, die zur Unterstützung für PEPs führen. Sie stützt sich auf die jahrzehntelange Forschung im Bereich der Sozialpsychologie, die zeigt, dass zunehmender Kontakt zwischen den Mitgliedern unterschiedlicher Gruppen Vorurteile abbaut, empfundener Bedrohung entgegenwirkt und die Toleranz erhöht. Diese Strategie bietet einen Ansatz, mittels dessen die Parteien der politischen Mitte und andere Akteure in der Gesellschaft (etwa ehrenamtliche Gruppen und solche des Dienstleistungssektors) Gemeinschaften dabei unterstützen können, angesichts des Extremismus resistenter zu werden.

Auf EU-Ebene wird die potenzielle Rolle der Interaktionsstrategie klar erkannt, sodass man, angeführt vom Europarat, zunehmend Gewicht auf das Konzept des Interkulturalismus legt.⁹¹ Ebenso wurde in Ländern wie etwa Großbritannien die Bedeutung dieser Arbeit durch die Kommission für Integration und Kohäsion unterstrichen, die die potenzielle Rolle nationaler und kommunaler Regierungen bei der Förderung „sinnvoller Interaktion“ zwischen Mitgliedern unterschiedlicher ethnischer und kultureller Gruppen hervorhob. Diese Ideen verdanken viel der umfangreichen wissenschaftlichen Literatur über die Auswirkungen von Kontakt, die überzeugende und konsistente Belege dafür bietet, dass dies einen positiven Einfluss auf Beziehungen in Gemeinwesen haben kann.⁹²

Diese Forschungsergebnisse stehen jedoch neben dem Befund, dass viele Bürger derzeit keinen Umgang mit jenen pflegen, die einen anderen kulturellen Hintergrund haben. Beispielsweise sagten in Großbritannien zwei Fünftel der Befragten einer Studie aus, dass sie keine

Freunde hätten, die in einem anderen Land geboren seien, und mehr als ein Drittel hatte keine Freunde mit einem anderen kulturellen Hintergrund. Ein ähnliches Bild zeichnet sich auch anderswo in Europa ab. Laut einer Umfrage haben nur 21 Prozent der Ungarn, 15 Prozent der Polen, 15 Prozent der Niederländer und 11 Prozent der Italiener Freunde mit anderem kulturellen Hintergrund.⁹³

Aktivitäten, die Kontakt und Interaktion fördern, brauchen eindeutig einen lokalen Schwerpunkt. Eine kulturell integrative und vereinigende Politik kann am besten auf Gemeindeebene ins Leben gerufen werden, wo die Interaktion zwischen Gruppen leichter handhabbar ist und eine realistische Perspektive hat. Es sind die Nachbarschaft oder Gemeindeebene, wo Bürger zusammenkommen und gemeinsame Erfahrungen machen sowie gemeinsame Ziele entwickeln. Doch auch die nationale Regierung und die Eliten der politischen Mitte spielen eine Rolle. Die Vorstellungen von Staatsbürgerschaft mit ihren dazugehörigen Rechten und Verantwortlichkeiten können ebenfalls ein Weg sein, um Brücken zwischen den unterschiedlichen Gemeinschaften zu schlagen – sowohl zwischen alteingesessenen weißen Bürgern der Arbeiterklasse und neuen Migranten als auch zuvor ausgeschlossenen Minderheiten. Eine erweiterte Bürgerkultur kann – wo deutlich ist, was erwartet und was verlangt wird – ethnische Gräben überbrücken und Konfliktpotenzial verringern.

Es sollte jedoch Folgendes beachtet werden. Interaktion hat sich als besonders wirkungsvoll erwiesen, wenn sie unter bestimmten Bedingungen stattfindet: Die Gruppen sollten den gleichen Status haben, auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten, wirkliche Interaktion erleben und Unterstützung durch die öffentliche Hand erhalten.⁹⁴ Wenn diese Strategie wirkungsvoll sein soll, dann darf sie nicht auf *einmaligen* Interventionen, wie etwa einem eintägigen Festival, beruhen. Mitglieder unterschiedlicher Gemeinschaften zur Teilnahme an einer einmaligen

91 Irena Guidikova, „Intercultural Diversity Management – Europe Cities Showing the Way“ (o. D.), <http://www.coe.int/t/dg4/cultureheritage/culture/Cities/Publication/BookCoE06-Guidikova.pdf>.

92 Zu einer Bewertung siehe zum Beispiel M. J. Goodwin (2010), „Can We Promote Cohesion through Contact? Intergroup Contact and the Development of ‚Cohesive‘ Local Communities“, in: C. Durose, S. Greasley und L. Richardson (Hg.), *Local Governance, Changing Citizens?*, Bristol: Policy Press, S. 91–110. Zu einer systematischeren Bewertung siehe T. F. Pettigrew und L. R. Tropp (2006), „A Meta-Analytic Test of Intergroup Contact Theory“, in: *Journal of Personality and Social Psychology*, 90, 5, S. 751–783.

93 Zick u. a., *Intolerance, Prejudice and Discrimination*.

94 G. W. Allport (1954), *The Nature of Prejudice*, Cambridge, MA: Perseus.

Veranstaltung, und somit zur Selbstselektion, einzuladen, trägt wahrscheinlich nicht dazu bei, die Beziehungen in der Gemeinde positiv und längerfristig zu beeinflussen. Im Gegenteil, diese oberflächlichen Formen der Interaktion können nachteilige Auswirkungen haben, indem sie Verdachte bestätigen und Spannung schüren. Wenn positive Effekte erzielt werden sollen, dann muss diese Antwortstrategie darauf ausgerichtet sein, nachhaltige und sinnvollere Formen der Interaktion zwischen unterschiedlichen Gruppen zu schaffen.

Welche Strategie und wann?

Beim Blick über Europa fanden Bale und seine Kollegen heraus, dass sich in vier der von ihnen untersuchten Länder keine Mitte-Links-Partei die Strategie des Grundsatzes zu eigen machte und den „guten Kampf für eine permissive Einwanderungs- und Integrationspolitik“ kämpfte.⁹⁵ Während die Grundsatzstrategie häufig als erste Antwort gewählt wurde, funktionierte dies auf längere Sicht wahrscheinlich nicht, wenn andere Parteien innerhalb des Systems (vor allem Mitte-Rechts-Parteien) zur Strategie der Aneignung übergangen. Ähnliches gilt für Versuche, die Anziehungskraft der PEPs zu entschärfen. Während dies in einigen Fällen eine effektive präventive Strategie war, hing ihre Wirksamkeit letztlich von den Maßnahmen der anderen Parteien der politischen Mitte ab und davon, ob sie diesen Ansatz weiter verfolgten. Das legt die Vermutung nahe, dass die Wirksamkeit einer bestimmten Strategie stark davon abhängt, ob sie von einer oder mehreren Parteien der politischen Mitte angewandt wird. Wenn unterdessen Mitte-Links-Parteien beschlossen, zur Strategie der Aneignung überzugehen, kam es oft zu internen Auseinandersetzungen, die die Glaubwürdigkeit untergruben. Ein Beispiel war Dänemark, wo die anfänglichen Versuche der Sozialdemokraten, das Thema der Immigration zu entschärfen, fehlschlagen. Der anschließende Wechsel zur Strategie der Aneignung führte zu internen Auseinandersetzungen und brachte wenig Wahlvorteile.

Dies steht im Kontrast zur Erfahrung in den Niederlanden, wo ein Wechsel zu einer restriktiveren Politik dem Aufkommen der populistischen Extremisten zuvorkam. Doch auch hier schlug der Versuch fehl, das Thema zu entschärfen und die wachsende Sorge der Öffentlichkeit wegen der Immigration zu entkräften, nicht zuletzt weil sich die Parteien der politischen Mitte stark auf die wirtschaftliche Dimension konzentrierten. Dies gab den populistischen Extremisten Raum, die ihre exkludierenden Kampagnen darauf ausrichteten, die Empfindungen der Öffentlichkeit, Immigranten und muslimische Gemeinschaften bedrohten die niederländische Kultur und ihre Tradition der Toleranz, auszunutzen. Wie in den vorhergehenden Kapiteln skizziert, ist diese kulturelle Dimension ausschlaggebender als die wirtschaftliche, wenn man verstehen will, warum die PEPs Unterstützung erhalten.

Diese Erfahrungen und das umfangreiche Belegmaterial deuten darauf hin, dass die Strategien von Grundsatz und Entschärfung wenig Erfolgsaussichten haben, auch wenn sie oberflächlich betrachtet logisch erscheinen mögen. Stattdessen bestehen die besten Möglichkeiten, dem Aufstieg des Populismus entgegenzutreten, wahrscheinlich auf kommunaler Ebene, sei es mittels der Strategie des Engagements oder der Interaktion. Denn auf Gemeindeebene können mithilfe dieser Strategien Klischees über Immigranten und eine kulturelle Divergenz unmittelbar infrage gestellt werden. Während sich die Strategie des Engagements darauf konzentriert, den populistischen Extremismus in der Wahlkampfpolitik herauszufordern, konzentrieren sich die Bemühungen, Interaktion zu fördern, darauf, die grundlegenden Ängste und Sorgen der Wähler zu adressieren, die der Unterstützung für diese Parteien Nahrung geben.

Fazit

Es gibt weder eine einheitliche Antwort auf den populistischen Extremismus noch ein einziges „Modell“, das auf alle ausgesprochen unterschiedlichen Fälle und Regionen angewandt werden kann. Jede oben erwähnte

95 Bale u. a. „If You Can't Beat Them, Join Them?“, S. 421.

Antwortstrategie bringt Risiken mit sich, und ihre Wirksamkeit wird durch den spezifischen nationalen Kontext stark beeinflusst werden. Es muss betont werden, dass keine dieser Strategien, wenn sie eingeführt wurden, die Unterstützung für die populistischen Extremisten stoppen konnte. In Ländern wie Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und Österreich sind PEPs auf ganz unterschiedliche Reaktionen seitens der Parteien der politischen Mitte gestoßen, doch bleibt die Unterstützung bei Wahlen für sie stark. Nichtsdestotrotz stellen die sechs oben skizzierten Antworten einen brauchbaren Ausgangspunkt für die Parteien der politischen Mitte und andere gesellschaftliche Akteure dar.

Das wissenschaftliche Belegmaterial deutet darauf hin, dass einige Strategien wirkungsvoller sein werden als andere. Antworten, die Ausschluss vermeiden, werden PEPs und ihre engagiertesten Anhänger wahrschein-

lich nicht zu einer weiteren Radikalisierung animieren. Indes sind die Antwortstrategien, die auf eine Lösung der kulturellen Dimension empfundener ethnischer Bedrohungen hinarbeiten, gut positioniert, um die ablehnende Haltung gegenüber der Immigration und die Unterstützung für diese Parteien an den Wurzeln zu bekämpfen. Die wirkungsvollsten Antworten werden jene sein, die sich auf die kommunale Ebene konzentrieren, wo der Dialog mit den Wählern und die Interaktion zwischen verschiedenen Gemeinschaften eine realistische Perspektive haben und rund um gemeinsame Erfahrungen und Voraussetzungen geschaffen werden können. PEPs haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten viel Zeit investiert, um Strategien, Lektionen und die besten Verfahren auszutauschen. Bei der Formulierung einer Antwort auf die Herausforderungen durch PEPs wären die Parteien der politischen Mitte gut beraten, ebenso zu verfahren.

5. Fazit: Spurwechsel

„Die Hauptaufgabe ... ob durch Angst oder Faszination für Rechts motiviert, besteht nicht darin, Debatten zu führen und Vorschriften – oder gar Verbote – zu erlassen, sondern zu verstehen und Prognosen machen zu können.“

Robert Schoenberger (1969)⁹⁶

Wenige Themen in der heutigen europäischen Politik ziehen mehr Aufmerksamkeit und Interesse auf sich als der Aufstieg der populistischen extremistischen Parteien. In einem Klima, in dem die Parteien der politischen Mitte den Multikulturalismus als „gescheitert“ beschrieben haben und Bürger hinsichtlich Einwanderungsfragen hochgradig besorgt sind, haben sich populistische Extremisten von den Rändern zum Mainstream hinbewegt. Doch wichtige Fragen zu diesen Parteien und ihrer Unterstützung bleiben größtenteils unbeantwortet. Stattdessen gedeihen gängige Klischees und falsche Annahmen.

Der Zweck dieses Reports war es, umfangreiches wissenschaftliches Belegmaterial zusammenzutragen, das sich auf die Fragen nach Ursache und Antwortmöglichkeiten bezieht: Welche Faktoren veranlassen eine steigende Anzahl von Bürgern, diese Parteien gutzuheißen, und wie können die Eliten der politischen Mitte darauf antworten? Auf der Basis dieses umfangreichen Belegmaterials lässt sich die herkömmliche Auffassung hinsichtlich dieser Parteien und ihrer Gefolgsleute in etlichen Punkten infrage stellen. Kapitel 2 untersuchte das Profil und die Einstellungen von PEP-Anhängern. Im Gegensatz zu den gängigen Klischees, die diese Bürger als politische Protestler, Ein-Themen-Wähler oder Verlierer der Globalisierung darstellen, ist

das Bild komplexer. PEP-Wähler sind unzufrieden mit den Eliten der politischen Mitte und misstrauen ihnen, aber vor allem stehen sie der Immigration und zunehmender ethnischer und kultureller Vielfalt ablehnend gegenüber. Obwohl diese Bürger wirtschaftlich gefährdet sind, entstammt ihre ablehnende Haltung vor allem der Überzeugung, dass Immigranten und Minderheiten ihre nationale Kultur, Gemeinschaft und Lebensweise bedrohen. Diese Bürger machen sich nicht nur Sorgen wegen der „traditionellen“ Einwanderung, sie sind auch hochgradig beunruhigt wegen bereits ansässiger Minderheiten. Eine antimuslimische Stimmung ist zu einer wichtigen Triebfeder für die Unterstützung populistischer Extremisten geworden. Das bedeutet, dass es nicht genügt, nur die Sorgen hinsichtlich der Immigration anzusprechen – zum Beispiel die Reduzierung der Einwanderungszahlen zu fordern oder die Verschärfung der Grenzkontrollen.

Kapitel 3 untersuchte die PEP-Botschaft und das weitere Potenzial für diese Parteien im heutigen Europa. Durch die Untersuchung dreier Bereiche mit Potenzial – Einstellungen der Öffentlichkeit zur Immigration, Einstellungen zu Muslimen und zum Islam und die Unzufriedenheit der Öffentlichkeit mit der Antwort der Eliten der politischen Mitte auf diese Fragen – wurde deutlich, dass PEPs in einem besonders günstigen Klima operieren. Die Ansichten und Ideen, für die sie eintreten, können nicht als solche einer kleinen Randgruppe abgetan werden. Die Unterstützung der Öffentlichkeit für eine restriktivere Einwanderungspolitik, die Angst bezüglich muslimischer Gemeinschaften und die Unzufriedenheit mit den bestehenden politischen Optionen sind alle sehr ausgeprägt.

Kapitel 4 skizzierte sechs mögliche Antwortstrategien. Es gibt weder eine einheitliche Antwort auf die PEPs noch ein einzelnes „Modell“, das von einem nationalen Kontext auf einen anderen übertragen werden kann. Bislang gab es keine kohärente Antwort seitens der Parteien der politischen Mitte. Während einige versuchten, die für den Erfolg der PEPs entscheidenden Themen zu entschärfen, machten sich andere eine restriktivere Politik zu eigen, in der Hoffnung, die Unterstützung für diese

96 R. A. Schoenberger (1969), *The American Right-wing. Readings in Political Behavior*, New York: Holt, Rinehart and Winston, S. 2.

Parteien zu untergraben. Der Befund stützt nicht die mutmaßliche Wirksamkeit der „traditionellen“ Antwort des Ausschlusses. Vielmehr sind die wirkungsvollsten Ansätze jene auf kommunaler Ebene, wo der Dialog mit den Wählern und die Unterstützung der Interaktion zwischen verschiedenen Gemeinschaften ein praktischeres Unterfangen sind.

Die schlichte Realität der europäischen Politik deutet darauf hin, dass PEPs wahrscheinlich nicht von der Landkarte verschwinden werden. Eher sieht es so aus, als würden sich die grundlegenden und untergründigen Trends, die dem Aufstieg dieser Parteien Nahrung gegeben haben, in den kommenden Jahrzehnten fortsetzen. Die Sorge der Öffentlichkeit hinsichtlich Immigration und zunehmender kultureller und ethnischer Vielfalt, die Angst wegen der Präsenz und Kompatibilität der Muslime und die Unzufriedenheit mit der Leistung der Eliten der politischen Mitte in diesen Fragen werden wahrschein-

lich nicht abnehmen. Der dauerhafte Charakter dieser Herausforderung spiegelt sich vielleicht am besten in jüngeren Befunden wider, die zeigen, dass PEPs nicht exklusiv den älteren Generationen gehören. Es gibt Belege dafür, dass diejenigen, die die populistischen extremistischen Parteien wählen, wie andere Wähler auch das Wahlverhalten ihrer Kinder beeinflussen.⁹⁷ Dieses künftige Potenzial wird ebenso durch den Befund unterstrichen, dass 37 Prozent der Unterstützung für die FN-Parteivorsitzende Marine Le Pen in Frankreich von den unter 35-Jährigen kommt, wie auch durch die demographisch junge Arbeiterklasse, die die English Defence League (EDL) unterstützt.⁹⁸ Wenn Politiker und politische Entscheidungsträger dieser Herausforderung begegnen wollen, müssen sie ihr derzeitiges Verständnis des populistischen Extremismus und ihre diesbezüglichen Ansätze überdenken. Dieser Report ist als ein Schritt in diesem Prozess gedacht.

97 H. Coffé und M. Voorpostel (2010), „Young People, Parents and Radical Right Voting. The Case of the Swiss People's Party“, in: *Electoral Studies*, 29, 3, S. 435–443.

98 http://www.ifop.com/media/poll/1577-1-study_file.pdf (siehe Anmerkung 28 oben).



Stiftung
Mercator



Konrad
Adenauer
Stiftung



CHATHAM HOUSE

Chatham House, 10 St James's Square, London SW1Y 4LE

T: +44 (0)20 7957 5700 E: contact@chathamhouse.org

F: +44 (0)20 7957 5710 www.chathamhouse.org

Charity Registration Number: 208223

ISBN 978-1-86203-274-3



9 781862 032743